

Volkswacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur“, „Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist nachbehandelt der „Volkswacht“: Preis: 10 Pfennig. Einzelhefte 2 Pfennig. Jahrespreis 120 Pfennig. Durch die Post zu beziehen: Preis 1,20 Pfennig. Durch die Post zu beziehen: Preis 1,30 Pfennig. Durch die Post zu beziehen: Preis 1,40 Pfennig.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Jernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Adress: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verlobungs-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen von Wort 2 Pf., das volle Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zummittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio durch den 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der unbequeme Reichstag.

Verzögerung seines Zusammentritts.

Berlin, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorkommnisse Rat des Reichstages trat am Mittwoch zusammen, um den Termin für die geplante Zwischentagung des Reichstages endgültig festzulegen. Reichstagspräsident Lobe teilte dabei mit, daß der Reichstagskanzler gebeten habe, den Zusammentritt des Reichstages zu der Zwischentagung von einer Woche auf den 17. Oktober festzusetzen und zugleich zu beschließen, daß die eigentliche Wintertagung erst am 21. November beginnt. Reichsinnenminister Reubell begründete dieses Verlangen mit dem Hinweis, daß der Reichstagsrat das Reichsschulgesetz frühestens Mitte Oktober verabschieden werde, obwohl die Beratungen von ihm, insbesondere auch von der preußischen Regierung, in jeder Weise gefördert worden seien. Auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Gußard beschloß der Vorkommnisse Rat die endgültige Stellungnahme zu den Vorkommnissen der Reichsregierung bis zum Donnerstag vor.

Das Verlangen der Reichsregierung nach Verschiebung des Beginnes der Arbeiten des Reichstages hat nicht nur formelle, sondern wesentliche politische Bedeutung. Auf Verlangen der Reichsregierung hatte der Reichstag am Schluß der Sommertagung beschlossen, am 20. September zu einer kurzen Zwischentagung zusammenzutreten, um die erste Lesung des Reichsschulgesetzes, des Liquidationsschuldengesetzes und der neuen Befolungsordnung vorzunehmen. Nachdem eine Pause eintreten, um den Kommissionen Zeit für eingehenden Arbeit zu lassen, damit der Reichstag Anfang November seine ordentliche Wintertagung ohne weitere Unterbrechungen beginnen könne. Reichsregierung und Regierungsparteien verfolgten damit die Absicht, das Reichsschulgesetz beschleunigt zu erledigen. Da der Entwurf des Reichsschulgesetzes dem Reichstagsrat aber erst spät zugeing und die preußische Regierung ihre endgültige Stellung nicht vor dem 20. September zu beschließen vermag, kann weder die Zwischentagung des Reichstages am 20. September noch am 3. Oktober beginnen.

Dieser sachlichen Zulass zur Verschiebung der Zwischentagung des Reichstages müssen auch die Oppositionsparteien anerkennen. Aber Reichsregierung und Regierungsparteien verlangen mehr. Sie halten trotz des verspäteten Zusammentritts des Reichstages an der Idee einer Zwischentagung fest und wollen die endgültige Aufnahme der Reichstagsarbeiten bis zum 21. November hinauschieben. Dieser späte Zusammentritt aber ist sachlich nicht gerechtfertigt und politisch gefährlich. Sowohl die Befolungsordnung als auch das Liquidationsschuldengesetz, das Rentnerversorgungsgesetz und eine ganze Reihe von anderen dringenden Vorlagen, die für das materielle Wohl großer Bevölkerungsschichten bedeutsam sind, könnten und müßten sobald als möglich erledigt werden.

Dem aber scheinen die Regierungsparteien nicht geneigt zu sein. Sie wollen in erster Linie das Reichsschulgesetz unter Dach und Fach bringen und bis dahin jeden nur möglichen Anlaß zu inneren Auseinandersetzungen oder Reibungen zu vermeiden suchen. Der Reichstag ist ihnen dabei ein Hindernis. Tagt er, so ist es schwieriger, eine augenpolitische Debatte oder eine Debatte über die Flaggenfrage zu verhindern, als wenn er nicht versammelt ist. Daß dadurch die Erledigung wichtiger Fragen verzögert wird, vielleicht sogar die glatte Erledigung des Reichsetats gefährdet ist, kümmert sie im Augenblick nicht. Daher haben sich die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei bereits am Mittwoch mit den Plänen der Reichsregierung einverstanden erklärt. Aber auch das Zentrum dürfte seine Zustimmung noch geben.

Was parteipolitischen Gründen wird also der Reichstag auszuhalten versucht, wichtige Volksinteressen werden vernachlässigt.

Was die angekündigte Befolungsordnung für den Reichstag beratungstief sein wird, läßt sich ebenfalls im Augenblick noch nicht übersehen. Da die Vorlage des Reichsfinanzministers noch nicht einmal die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hat und sich daran noch eine mehrwöchige Beratung im Reichstagsrat anschließt, wird, so muß man auch bei ihrer Erledigung noch mit längeren Fristen rechnen. Das gleiche gilt für das Liquidationsschuldengesetz.

Angeht die Dringlichkeit dieser Vorlagen hat sich die Sozialdemokratie entschieden gegen die späte Einberufung des Reichstages erklärt. Sie muß die Verantwortung dafür den Regierungsparteien und der Reichsregierung überlassen. Diese tragen auch die

Verantwortung für die am 1. Oktober einsetzende neue Mieterhöhung um 10 Prozent. Von den Kommunisten war der Antrag auf Zusammenritt des Reichstages vor dem 1. Oktober gestellt, damit die Mieterhöhung rückgängig gemacht werden könne. Ein Zusammenritt des Reichstages zu diesem Zweck hat aber nur dann Sinn, wenn durch eine Aenderung der Haltung der bürgerlichen Parteien eine Mehrheit für den Antrag auf Vermeidung der Mieterhöhung zu erwarten ist. Nach der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien aber ist das ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie war stets und ist auch jetzt gegen die Mieterhöhung. Sie wird inselgedessen jede Möglichkeit, sie zu verhindern, unterstützen.

Die Absicht der Reichsregierung, die Reichstags-Beratungen hinauszuschieben, ist ein erster Versuch der Ausschaltung des Reichstages. Das ungewisse Schicksal des Reichsschulgesetzes und die sonstigen Differenzen innerhalb der Regierungsparteien scheinen die Reichsregierung auf diesen gefährlichen Weg gedrängt zu haben. Die Sozialdemokratie erkennt diese Gefahr und wird ihr zu begegnen wissen.

Der ADB. gegen das Reichsschulgesetz

Der Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm gestern einstimmig folgende Entschlußfassung an:

„Der zweite Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erhebt Protest gegen den zurzeit vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146, Absatz 2 und 149 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz). Dieser Entwurf verletzt die in der Reichsverfassung zugesicherten Beamtenrechte der deutschen Volksschullehrerschaft und liefert die Volksschulen nichtstaatlichen Mächten aus.“

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund setzt sich demgegenüber ein für die volle Wahrung der beamtenrechtlichen Stellung der Lehrerschaft unabhängig von dem Religionsbekenntnis und der Weltanschauung. Dieser Entwurf führt zu einer Zerschlagung der deutschen Staatschulen und wird dadurch dem Reiche wie den Ländern und Gemeinden große finanzielle Lasten aufbürden, obwohl für dringende soziale Aufgaben des Staates keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Entwurf ist auf der Grundlage einer Verfassungsauslegung entstanden, die eine Verfassungsänderung bedeuten wird. Daher lehnt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund aus berufsgewerkschaftlichen Beamten- und verfassungsrechtlichen Gründen den Entwurf des Reichsinnenministers nur ab.

Der Bundeskongreß ruft alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Beteiligung an dem Abwehrkampf auf und erwartet von den freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Parteien des Reichstages höchste Ablehnung dieses Entwurfes.“

Das Postfinanzgesetz.

Berlin, 13. September. Heute vormittag fand laut „Germania“ unter dem Vorsitz des Reichstagskanzlers eine Ministerbesprechung statt, in der die Frage des Postfinanzgesetzes erörtert wurde. Bekanntlich bestehen besonders seit der letzten Tarifvorlage der Reichspost-Behörden, eine Aenderung des Postfinanzgesetzes herbeizuführen.

Zusammentritt des deutsch-slowakischen Schiedsgerichts.

Haag, 13. September. Heute ist hier das gemischte deutsch-slowakische Schiedsgericht zu einer Sitzung zusammengetreten. Vorsitzender des Schiedsgerichts ist der holländische Richter Dr. van der Sluis, Mitglied des holländischen Hofes. Als deutscher Beisitzer ist der frühere Reichsjustizminister Dr. Heintze erschienen. Das Schiedsgericht wird sich mit einigen auf Grund des Versailler Vertrages entstandenen privatrechtlichen Vermögensstreitigkeiten befassen.

Genosse Baentig zum Oberpräsidenten gewählt.

Hagenberg, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat den vom Preussischen Minister des Innern zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vorgeschlagenen Geheimen Regierungsrat, Professor Dr. Baentig, am Mittwoch mit Stimmenmehrheit gewählt. Die offizielle Ernennung Baentigs, die am 1. Oktober in Kraft tritt, steht nunmehr unmittelbar bevor.

England zieht Truppen zurück.

London, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung teilt mit, daß demnächst ein Bataillon Infanterie in Stärke von 700 Mann, ferner 300 Mann aus anderen Formationen, sowie ein Duzend Stabsoffiziere aus dem Rheinland zurückgezogen werden.

Die Bedeutung des Ringens in Genf.

Kr. Seit einigen Tagen werden nunmehr die selben Anträge Polens und Hollands zur Sicherheitsfrage in der Abrüstungskommission des Völkerbundes beraten. Dabei ist es zu einem neuen Vorstoß Polens gekommen, der beweist, daß Polen im Grunde seinen Antrag auf Wiederaufnahme des Genfer Protokolls trotz des Widerspruchs Englands aufrecht erhält. Und Polen hat dabei diesmal die Zustimmung sowohl Frankreichs, als auch, wie sich aus dem heutigen Verhandlungsbericht ergibt, Deutschlands gefunden. In der deutschen bürgerlichen Presse wird natürlich sofort wieder Feter und Morbio geschrieben, daß nun doch noch Polen den Versuch mache, sein Ost-Lozarno durchzusetzen. Das ist ein vollendetes Unfand; denn weder ist in dem Genfer Protokoll eine vertragliche Garantie für irgend welche Grenzen vorgesehen, noch gehen die beiden zur Debatte stehenden Anträge so weit, eine vollkommene Erneuerung des Genfer Protokolls zu verlangen. Es ist deshalb auch falsch, zu sagen, daß die Aufrollung der Sicherheitsfrage nur den Zweck habe, eine Atmosphäre für den Abschluß weitgehender Garantieverträge mit Deutschland zu schaffen. Diese Deutung ist reine Gespinnsterei. Die Sicherheitsfrage wird hier nicht etwa bloß künstlich aufgeworfen, sondern sie ist seit dem Kriege überhaupt noch nicht von der Bildfläche verschwunden gewesen, weil sie durch das Fallensinken des Genfer Protokolls und seine Ersetzung durch die Locarnoverträge keine wirkliche Lösung gefunden hat. Es wird also auch auf diese Weise die Abrüstungsfrage nicht beiseite geschoben und ihre Verhandlung nicht bis auf weiteres unendlich gemacht, wie vor allen Dingen rechtsstehende Blätter behaupten. Sondern die Abrüstungsfrage wird auf diese Weise erst für ihre Lösung reif gemacht. Denn nichts zeigen die Erfahrungen mit den Abrüstungskonferenzen deutscher, als daß von einer Abrüstung in größerem Maßstabe bei den Militärmächten so lange keine Rede sein kann, als nicht die Sicherheitsfrage wirklich gelöst ist.

Es liegt deshalb in diesem neuen Vorstoß Polens auch vom deutschen Standpunkt aus kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt, wie auch das Genfer Protokoll selbst vom deutschen Standpunkt aus ein großer Fortschritt war, demgegenüber die Locarnoverträge einen Rückschritt darstellten. Seinerzeit ist das Genfer Protokoll auch von Deutschland als solcher begrüßt worden. Locarno war nur ein kümmerlicher Ersatz für das Genfer Protokoll, weil es nur eine Teillösung der Sicherheitsfrage enthielt, und weil es nicht nur sicherte, sondern uns auch Bindungen auferlegte, die über den reinen Sicherungszweck hinausgehen. Das geschah durch die in den Locarnoverträgen enthaltenen Grenzgarantieverträge.

Richtig ist, daß Frankreich und Polen unbedingt eine Lösung der Sicherheitsfrage als Voraussetzung alles weiteren verlangen. Wir Deutschen können dies Verlangen aber nicht nur deshalb unterstützen, weil, wie vorhin schon ausgeführt, die Lösung der Sicherheitsfrage die unerlässliche Voraussetzung der Abrüstungsfrage darstellt, an deren Lösung gerade wir Deutschen das größte Interesse haben, sondern wir haben auch deshalb noch ein besonderes Interesse an der Lösung der Sicherheitsfrage, und zwar gerade jetzt, so lange die Abrüstungsfrage noch nicht gelöst ist, in besonders hohem Maße, weil wir ja durch unsere Abrüstung den großen Militärmächten gegenüber machtlos sind und weil eine wirklich allseitige Lösung der Sicherheitsfrage durch eine allseitige Bindung aller Mächte an die friedlichen Mittel gerade uns, dem militärisch schwächsten Lande Europas, zugute kommen muß. Was vor allem muß deshalb die Annahme des polnischen und holländischen Antrages und müßte insbesondere das Genfer Protokoll gegen Uebergriffe sichern. Dieser Gesichtspunkt wird gemeinhin völlig außer Acht gelassen.

Andererseits zeigen diese Vorgänge nun aber auch, wie recht wir hatten, wenn wir immer behauptet haben, die Befestigung der Dinge in Genf bedeutete in keiner Weise eine Niederlage Polens. Es zeigt sich im Gegenteil immer mehr, daß Polen im Grunde einen recht schönen Erfolg erzielt hat, und daß umgekehrt sein Gegner England in eine ziemlich große und unangenehme Isolierung geraten ist, oder vielmehr nicht eigentlich England, sondern nur die gegenwärtige englische konservative Regierung, denn, wie die vorstehend abgedruckte Meldung über MacDonalds Aussätze zeigt, ist die englische Regierung auch im eigenen Lande mit ihrer Außenpolitik auf scharfe Opposition gestoßen, ein Vorgang, der in England sehr selten ist, da dort in den Fragen der Außenpolitik gewöhnlich Regierung und Opposition zusammengehen. Der Erfolg Polens zeigt sich auch darin, daß sich jetzt Frankreich an diesem Standpunkt festsetzt, daß es sich für Polen ein starkes Wort gefunden, in der es die Verhandlung der Sicherheitsfrage weiterreiben kann, ohne England dadurch neue Verpflichtungen aufzulegen, die die englische Regierung so sehr fürchtet. Es ist der Plan, das Genfer Protokoll zunächst nur für die Länder

Den europäischen Kontinenten in Kraft zu setzen, England aber von seiner Geltung gänzlich auszuschließen. Man über die Möglichkeiten zum Beitritt für die Zukunft offen zu lassen. Das ist ganz offensichtlich eine Spekulation auf die Zukunft; denn man rechnet damit, daß wenn in England die kommenden Wahlen einen Sieg der Arbeiterregierung bringen werden, Englands Widerstand gegen die Annahme des Genfer Protokolls aufhört wird, was doch die englische Arbeiterregierung selbst einer der Väter des Genfer Protokolls.

Es ist übrigens außerordentlich charakteristisch, daß nur die englische konservative Regierung sich gegen die Annahme des Genfer Protokolls sträubt, nicht dagegen die englische Arbeiterpartei und deren frühere Regierung. Das beweist, daß die Gründe, die Chamberlain für den Widerstand gegen die Wiederaufnahme des Genfer Protokolls angeführt hat, nicht seine wirklichen Gründe sind, wie natürl. Gemüter, und selbst ein Georg Bernhard, glauben; ganz abgesehen davon, daß die Behauptung Chamberlains, die englischen Dominions würden die Hebernahme dieser Verpflichtung nicht dulden und es würden daraus deshalb schwere Gefahren für den Bestand des englischen Reiches entstehen, einfach unwahr ist, da sich keinerlei die englischen Dominions, wie auch Macdonald jetzt wieder betont hat, mit dem Genfer Protokoll bereits einverstanden erklärt hatten. Nein, die wahren Gründe der englischen Regierung sind, daß sie freie Hand haben will für ihre imperialistische Politik besonders im nahen und fernen Osten gegenüber Ländern, wie Ägypten, Persien, China usw., Länder, die alle Mitglieder des Völkerbundes sind und gegen die England nicht mehr militärisch vorgehen könnte, wenn das Genfer Protokoll zur Annahme gelangte. Das ist der wahre Grund. Für eine englische Arbeiterregierung dagegen besteht ein solcher Grund nicht, weil sie nicht die Absicht hat, imperialistische Ziele zu verfolgen und deshalb in ihrer Politik durch das Genfer Protokoll auch nicht gehindert wird.

So zeigt sich, daß der Kampf um die holländisch-polnischen Anträge bzw. um die Wiederaufnahme des Genfer Protokolls in Wirklichkeit ein Kampf gegen den Imperialismus der englischen Konservativen ist, gegen die Gewaltpolitik des englischen Großkapitals in Asien und ein Versuch zur Heberwindung dieser aggressiven Machtpolitik Englands. Hierin liegt auch der wirkliche Grund für die Unterstützung, die England ausgerechnet bei Station findet. Auch für Mussolinis imperialistische Machtpolitik muß das Genfer Protokoll und schon die Annahme der holländisch-polnischen Anträge eine schwere Fessel sein. Seine geheimen kriegsrischen Pläne würden dadurch zum großen Teil zunichte gemacht werden. Endlich darf noch darauf hingewiesen werden, daß ja auch aus diesem Grunde die Flottenabüstungs-konferenz seinerzeit in die Brüche gegangen ist. England wollte sich den amerikanischen Vorschlägen nicht fügen, weil es eine Flotte beibehalten wollte, mit der es seine imperialistische Politik über See durchführen kann. Das ganze Ringen in Genf geht also jetzt darum, auch die englischen Imperialisten zu einem Verzicht auf ihre imperialistische Machtpolitik zu zwingen. Wenn also selbst die Anträge Polens und Hollands nicht angenommen werden sollten oder wenn sie zwar angenommen, aber weiter keine praktischen Folgen nach sich ziehen würden, würde dieses ganze Genfer Ringen doch außerordentlich wertvoll bleiben, enthüllt es doch immer klarer und deutlicher, wo heute in Wirklichkeit der Hauptfeind des Weltfriedens liegt, nämlich bei den Großkapitalisten und Imperialisten des englischen Weltreiches. Das vor aller Welt klargemacht zu haben, ist sicherlich ein außerordentlich großes Verdienst sowohl Polens als auch Hollands.

Fortsetzung der Sicherheitsdebatte.

Deutschland stimmt dem polnischen und holländischen Antrag zu. — Macdonald gegen Chamberlain.

Genf, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) In der 2. (Abüstungs-) Kommission der Völkerbunds-Versammlung wurde am Mittwoch die allgemeine Aussprache über die Abüstungsfrage fortgesetzt. Als erster Redner sprach der ungarische Delegierte Tanczos. Der norwegische Delegierte Fritjof Ransen brachte einen Entwurf für einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag ein. Danach soll in Fällen, wo die Staaten sich über die Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht einigen können, der Völkerbundsrat mit Stimmmehrheit entscheiden. Der griechische Delegierte Politis führte in längerer Rede

aus, daß die Sicherheit auf dem Wege eines Ausbaues der Schiedsgerichtsbarkeit nicht zu erreichen sei. Der rumänische Delegierte Comenescu verteidigte im allgemeinen den französischen Standpunkt. Der britische Staatssekretär im Kriegsministerium Dobsow verließ sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf die Rede Chamberlains in der Generaldebatte und unterstützte dabei die Erklärung, daß England keine weiteren Belastungen übernehmen könne. Als letzter Redner sprach Graf Bernstorff. Er erklärte, daß es nicht Sache der abgerüsteten Staaten sei, vorzuschreiben, wie die Abrüstung vorgenommen werden könne. Jeder Weg, der zu einer wirklichen Abrüstung führe, sei ihnen recht. Dagegen mußte betont werden, daß die Abrüstung mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden sollte. Graf Bernstorff bezog sich weiter auf die Erklärung der Völkerbundsversammlung von 1926, daß die Sicherheit nunmehr so weit gefördert sei, daß die Abrüstung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz vorgezogen werden könne. Angesichts dieser Erklärung ermahnte Graf Bernstorff die Kommission, daß, wenn sie mit den Abrüstungsarbeiten nicht energisch vorwärts schreite, in den Völkern der Glaube aufkommen könne und aufkommen werde, daß der beständige Ruf nach weiteren Sicherheiten nur einen Vorwand bilde für die noch nicht abgerüsteten Staaten, um nicht abzurufen. Graf Bernstorff legte dem Artikel 8 des Völkerbundsstatutes die größte Bedeutung bei, in welchem vorgesehen ist, daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes über ihre Abrüstungen und Kriegsmaßnahmen sich gegenseitig zu verpflichten haben. Würde diese Bestimmung gewissenhaft ausgeführt, so wäre damit ein bedeutender Schritt zur Abrüstung getan. Zum Schluß erklärte Graf Bernstorff, daß Deutschland die polnische Deklaration annehme, ebenso wie die holländische Resolution. Aus der Rede von Paul Bourau glaubte er entnehmen zu können, daß die Abrüstungsberatungen ohne jeden Nachteil fortgesetzt werden können, was er ebenfalls nur unterstützte mit dem Lösungswort: „Handelt, und handelt so rasch als möglich!“

Macdonald gegen Chamberlain.

London, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Ramsay Macdonalds am Mittwoch im „Daily Herald“ und im „Manchester Guardian“ veröffentlichte Vorschläge: 1. daß eine Völkerbundsmission eingesetzt werde, um das Genfer Protokoll von 1924 zu prüfen und eventuell zu ergänzen; 2. daß eine Befragung der Dominions, eventuell eine Reichskonferenz mit Hinblick auf die Verpflichtungen des britischen Reiches im Falle einer Annahme des Protokolls stattfinden solle, beides in Großbritannien größtes Interesse erregt und die Erörterung des Protokolls von 1924 wieder in den Vordergrund der politischen Diskussion gerückt. In einem Interview stellt Lord Parmour, der unter der Arbeiterregierung als britischer Delegierter in Genf tätig war, fest, Chamberlains jüngste Rede in Genf sei auf eine „aggressive Weise unglücklich gewesen“. Es sei nunmehr an der Zeit, einen energischen Feldzug für das Protokoll zu entfalten. Lord Parmour protestiert aufs nachdrücklichste gegen die in der jüngsten Rede Chamberlains enthaltene Auffassung, daß ein Verfall des britischen Reiches zu befürchten sei, wenn die im Protokoll zum Ausdruck gekommene Friedenspolitik verwirklicht würde. In ähnlicher Weise spricht sich auch der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Henderson, der bei der Abfassung des Protokolls entscheidend mitgewirkt hat, aus. Henderson betont, daß die Vorschläge des Protokolls gewiß nicht das letzte Wort darstellen, aber seinerzeit das gebührende Interesse und die Aufmerksamkeit Großbritanniens gefunden hätten. Die Verfasser des Protokolls hätten versucht, den Nationen klar zu machen, daß eine umfassendere Anwendung des Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit der Nationen sei. Ohne diese Sicherheit stelle die Forderung nach Entwaffnung keinen praktischen Vorschlag dar.

Beratungen und Besprechungen.

Genf, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwoch vormittag ging plötzlich das Gerücht um, die Vertreter der Völkerbundsmission würden im Laufe des Tages eine Konferenz abhalten. In Wirklichkeit haben Briand, Chamberlain, Scialoja und Stresemann im Anschluß an ein Frühstück, das der Vorsitzende des Rates gegeben hatte, eine Reihe von Fragen besprochen, die sie unmittelbar interessierten; tiefergehend wurde keine der angeschnittenen Fragen behandelt und vor allem kam es zu keiner Erörterung der Lage im Rheinland. Briand hatte übrigens schon im Laufe des Morgens eine längere Unterredung mit Chamberlain im Hotel Beau Rivage, bei der in erster Linie über die Neuwahlen des Völkerbundsrates und den Stand der Abrüstungsdebatte gesprochen wurde. Da Chamberlain am Sonnabend Genf verläßt und der nächsten Session des Völkerbundes nicht mehr beizuwohnen gedenkt und Briand schon am Freitag abreist, dürfte diese Unterredung die letzte gewesen sein, welche die beiden Außenminister in Genf hatten. Briand, der schon am Sonntagabend von Paris nach Genf zurückkehrt, wird nächste Woche ebenfalls eine Besprechung mit Stresemann haben.

Die Mieter gegen die Durchsetzung des Mieterschutzes.

Im Hinblick auf die bevorstehende Beratung des Reichstages hat der Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter, Sir Berlin, eine Entschließung angenommen, in der schärfster Einspruch gegen die Absicht der Reichsregierung erhoben wird, trotz einer ablehnenden Zweidrittelmehrheit des Reichsrats eine Verschlechterung des Mieterschutzes durchzuführen. Die Entschließung verweist darauf, daß die von der Reichsregierung geplante Verschlechterung eines, wenn auch eingeschränkten Kündigungsrechtes an den Mieter bei der ungesicherten Wohnung des deutschen Volkes zu größter Beunruhigung der Mieterklasse führen und viele Familien schutzlos der Willkür des Hausbesizers und der Obdachlosigkeit ausliefern muß. Weiter wendet sich die Resolution gegen die Mietzinspolitik der Reichsregierung und gegen ihre Absicht, dem Hausbesitz Inflationsgewinne in Höhe von 50 bis 60 Milliarden Goldmark durch unmöglichen Ausbau der Hauszinssteuer in die Hände zu spielen. Soweit die Mietzinspolitik in Frage kommt, wird betont, daß es darauf ankommt, die Neubaumieten durch rückläufige und energische Bekämpfung des Baustoffwunders und durch Entlastung der Finanzierung des Häuserbaues zu senken und nicht, wie es die Regierung vorhat, die Mietsbaumieten ohne wirtschaftliche Notwendigkeit immer weiter zu steigern.

Die Entschließung fordert die deutsche Mieterschaft, alle sozial gerichteten gewerkschaftlichen, politischen und sonstigen Organisationen auf, gemeinsam mit dem Reichsbund deutscher Mieter die erforderlichen Abwehrmaßnahmen gegen die Pläne der Regierung zu treffen.

Der Kampf in der R.P. der Sowjetunion.

Die Bemühungen der Opposition um Diskussionsfreiheit.

Moskau, 13. September. Immer deutlicher treten die Anstrengungen zutage, welche die Opposition innerhalb der kommunistischen Partei macht, um schon jetzt die breite Masse der Parteimitglieder für ihre „Plattform“ zu gewinnen und für den kommenden Parteikongreß entsprechend zu heizen. Auf die Gefahr, die diese Tätigkeit der Opposition für die Parteileitung bringen kann, weist in einem längeren Artikel die „Prawda“ hin. Es wird darin ausgeführt: die Beratungen über eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung des auf den 1. Dezember anberaumten Parteikongresses sollen in den einzelnen Ortsgruppen der R.P. entsprechend dem Parteistatut einen Monat vor Eröffnung des Kongresses beginnen. Im Widerspruch mit dieser Vorschrift verfuhr die Opposition schon jetzt eine Diskussion einzuleiten, wobei sie ganz unbedenklich um die Tagesordnung jede mit ihrer Politik in Zusammenhang stehende Frage zur Erörterung stellt. Es sei also ganz klar, daß die Opposition eine Parteiplattform einfach nicht anerkenne. Sie trete auf wie eine legalisierte Fraktion, die ihre berüchtigte „Plattform“ der Partei aufzwingen will. Doch nur „naive wellwunders Sonderlinge“ könnten erwarten, daß die Partei diese Agitation dulde und die von der Opposition angebotene „Diskussion auf breiter Grundfläche“ zulassen werde. Die Gebuld unserer Partei ist nicht unbegrenzt. Die Bolschewiki werden die Betrugsmanöver, die Heuchelei, den Ungehorsam und die Unzufriedenheit in ihrer Partei nicht länger dulden. Die in der Fraktion-Opposition gruppierten Elemente werden sich entweder beugen und die Waffen niederlegen, mit denen sie ihren abtrünnigen Standpunkt verfechten, oder die Partei wird mit festem Schritt über sie hinwegmarschieren, auf dem von Lenin gewiesenen Wege zum Sozialismus.“

Die Wohnbaupläne Berlins.

Abschluß eines Vertrages über den Bau von 8224 Wohnungen.

Berlin, 15. September. (Eigener Funkbericht.) Der Magistrat der Stadt Berlin hat am Mittwoch dem Abschluß eines Bauvertrages mit der Bewoag (Ber aus den sozialen Bauhilfen) und dem Hoberland-Kongern neu gebildeten Baugesellschaft, vorbehaltlich des Erlasses der Wertpapiersteuer und der Kapitalertragssteuer zugestimmt. Der Vertrag sieht den Bau von 8224 Wohnungen vor, und zwar davon 3400 Wohnungen mit zwei Zimmern, Küche und Bad, 4400 Wohnungen mit drei Zimmern und 524 Wohnungen mit vier Zimmern.

Erschießung des Laurogener Kreishauptmanns.

Berlin, 14. September. Wie die „B. Z.“ am Mittag“ meldet, teilt das litauische Innenministerium mit, daß der Laurogener Kreishauptmann Grizas gestern nacht von unbekanntem Täter erschossen worden ist. Auch einer der Führer der litauischen Sozialdemokratischen Partei, der frühere Landtagsabgeordnete Nikolis, einer der Urheber des Laurogener Putschs, soll in einem Feuergefecht mit litauischer Polizei den Tod gefunden haben.

Der falsche Brum.

Leben und Abenteuer von Harry Domela.

Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben.

Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Rast-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

10) (Nachdruck verboten.)

Und ich trotzte noch immer dahin, planlos, ziellos. Wohin? Warum hatte man mich nicht in Erntelassen, warum mußte ich hier herumtrotzen? Hatte ich nicht bewiesen, schwere drei Jahre lang, daß ich arbeiten wollte. Wer jagte mich wieder in dieses Elend hinein? Von brutaler Barockweisheit mußte ich damals noch nichts. Mein Verstand gab mir keine Antwort. Nein, Verbitterung halfte meine Hände, und verbitterte jagt ich die Straße dahin. Mit einer wahren Wut überkam mich ein einziger Gedanke: sie haben mich um meine Arbeit gebracht, also brauchst du auch nicht mehr zu arbeiten; sie wollen ja keinen arbeitsfähigen Menschen aus dir gemacht sehen, nur so weit aus dem Weg und sei Dampf in Lampen. Der Gedanke war da, ging wieder fort und kam immer wieder zurück. Plötzlich packte er mich mit einer Stärke, daß ich in eine Anekdote hineinging und mehrere Glas Bier hinuntergoß. — Ich trat wieder in die Nacht hinaus, hinaus in den Regen, der eben eingeleitet hatte. Ich lief und trat und wurde tobnüde. Die erste Nacht auf der Straße! Nur noch wenige Menschen begegneten mir. Dirnen riefen Laxis an und schrien mit viel Getöse und Lachen davon. Ich war bis auf die Haut durchnäßt; ich fröstelte, daß mir die Zähne klapperten. Und vor dem Regen geschüttet zu sein, fühlte ich mich in einem Haus. In die Wand geschaut, nicht ein Licht. Lange kann es nicht dauern, bis die Wärme der Sonne in die Wände der Wände und Schließelgeschicht ins Gesicht. Na, was machen Sie denn hier? Sprechen Sie doch! „Martha!“ Wieder in den Regen hinaus, immer weiter, geht, geht, getrieben. Ich hätte unfaulen können. Um fünf Uhr kamme ich am Anhalter Bahnhof vorbei. Die großen Türen sind geöffnet. Einige Autos mit den neuesten Zeittagen werden entladen. Ich gehe in den Wartesaal. An den Türen sitzen schlafend einige zerlumpte Kerle. Borm am Büfett kein eine Person am Verkauf. Hauptentwässerung sind ihre Tasse Kaffee und ein Glas Bier. Ich setze mich an einen Tisch in der Nähe der Hauptentwässerung und bin bald einschlafen.

„Woher kommen Sie?“ Ich erzähle. „Haben Sie Papiere?“ Ich zeige sie ihm. Er prüft sie gar nicht, sondern zeigt auf die Tür, wo zwei Wächter stehen. „Gehen Sie rüber und warten Sie dort!“ Bei den Wächtern stehen schon zehn bis fünfzehn Mann, denen nichts Neues zu sein scheint. Einige flüstern verschlossen miteinander. Eine Dirne schimpft und lamentiert. Die Wächter sprechen kein Wort. Immer mehr Leute kommen hinzu.

Ein Kriminalbeamter ruft auf einmal: „Hörtig, los!“ Der ganze Trupp setzt sich in Bewegung. Die Beamten passen auf, daß niemand entwischt. Leute auf dem Bahnsitz bleiben stehen und sehen neugierig zu, wie wir in der Bahnhofswage verschwinden. Ich bin schon so müde geworden, daß ich mich nicht mehr funderlich fühle. Ob jemand Waffen bei sich habe. Kurze Bittkation. Die Papiere werden geprüft. „Na, da sind Sie ja schon wieder.“ sagt der Beamte zu einem alten zerlumpten Mann. „Der Penner hier wird eingesperrt!“ ruft er dem Kriminalbeamten zu. Bald sind alle Papiere geprüft; einer notiert sich alle Namen und geht in ein Nebenzimmer. Ich habe, wie er die Namen sofort durch das Telefon durchschickt. Das Fahndungsregister auf dem Polizeipräsidium soll Auskunft geben, wer gesucht wird. Jetzt kommt mein Name an die Reihe; deutlich höre ich die Bahnhöfen hingelacht. Was wird nun werden, denke ich. Nach einiger Zeit kommt der Wächter zurück. Er läßt einige Leute gehen. Ich bin unter letzteren. Die Dirne hängt an zu freischen und maglos zu schimpfen. „Na, Fräulein, warum denn so aufgeregt?“ fragt ein Wächter, der gelacht. „Einige Wogen Kröbel (Wangsanfall und Kopf im Rachen) werden Ihnen ganz gut tun.“ Ich erhalte meine Papiere zurück. Der Kriminalbeamte warnt mich: „Der Kerl hier ist ein Penner und in dem Wartesaal ein gefährlicher Verbrecher, fahre ich Sie nochmals, werden Sie wegen Hausfriedensbraches bestraft.“ Wenn ich mich noch einmal sehen läßt. Ich trage mich nicht beizende Räfte. Ich fror, ich hungerte. Ich war nun einer der vielen Tausende, die arbeits- und obdachlos durch diese unendliche Stadt wanderten. Ich lag die Straße, meine Straße wie gefahren, die grave Straße, die ich meine Heimat werden sollte. Der ganze Tag lief ich wieder in den Straßen Berlins umher, mude und erschlagen. Ich meldete mich beim Städtischen Arbeitsamt, und ich wurde dort, ich sei Reichsbürger, und ich sei mit dem Vorkriegs- und nachkriegs- mit schneller Hoffnungen wieder hinaus auf die Straße. Es schien mir bestimmt zu sein in Berlin unterzugehen. Der Sonntag erging, der Abend kam. In der Gefängnis wurden die Eisenkäfer entlastet. Da lagen die herrlichsten Gaben der Welt. Menschen gingen dort

ein und aus und machten ihre Einkäufe; andere gingen in hellenkleidete Kofale hinein, ihrem Vergnügen nach. Und ich stand draußen, hungrig, ohne Obdach. Es wurde immer später. Die Läden wurden geschlossen. Die Nacht brach herein, die Straße wurde immer leerer. Alles ging nach Hause. Ich kam am Anhalter Bahnhof vorbei. Ein Brauen packte mich. Nur zu deutlich hatte ich von dem Kriminalbeamten gehört: „Gasse ich Sie nochmals, werden Sie...“ Dort hätte ich gegen das nachfolte Wetter Schutz finden können, an der warmen Heizung, auf harter Bank. So aber lief ich weiter, immer weiter... Am Tage hatte ich den Hunger nicht so verspürt; ich war zu erregt und verzweifelt gewesen. Nun peinigte er mich unheimlich und jagte mich hyste mich durch die nächtlichen Straßen. Stunde um Stunde verging. Mein Gott, was fängst du nur an?! Gegen ein halb sieben Uhr konnte ich Kälte und Müdigkeit nicht mehr ertragen und ging, einerlei, was nun kommen sollte, in den Bahnhof Potsdamer Platz und setzte mich in eine Ecke des Wartesaales. Zwei Tage ohne Essen und Schlaf, nur wer es durchgemacht hat, weiß, was es bedeutet.

In Wartesaal war es noch ganz still. Auf den Bänken lagen einige ausgebreitet und schliefen. Ich setzte mich, konnte jedoch kein Auge zutun; zu hart war die Erregung der beiden letzten Tage gewesen. Eine einfache Frau mit einem Röhrenden legte sich zu mir. Sie machte den Koffer auf und nahm einige große Butterbrote heraus. Dann bestellte sie sich Kaffee und begann langsam und ohne sonderlichen Appetit, loszulegen aus reiner Gewohnheit zu essen. Ich sah da und harzte mit brennenden Augen gierig auf das Brot, dessen Anblick mir Vollerlust befeuerte. Falls ich sie bitten würde, die hille, einfache Frau, mir ein Stück Brot mitzugeben, vielleicht würde sie es tun. Ganz bestimmt wird sie es tun, dachte ich. Sie sagte: „Ich mag nicht, ich darum zu fragen. Aber immer und immer wieder kam mir der Gedanke: Tu es doch, sie recht so gut und freundlich aus. — Ich kann es nicht mehr aushalten. Ich setze zum Sprechen an, ich formte die Lippen, — aber ich kriegte kein Wort heraus. Immer wieder legte ich mir das Wort zurück, bestimmte aber keine Substanz heraus, alles bleibt mir in der Kehle stecken. Noch immer sah die freundliche Alte vor mir und ich fühlte mich nicht. Ich schaute mich um und sah, wie sie sich anständig zu zählen und sie dann ganz bestimmt anzufragen. Ich sauge an, langsam; ein, zwei, drei, vier... Ich bin bis fünf Uhr da, erhebt sich der Wächter, nimmt die Papiere und alles bricht ein und geht. Die Kerlen stehen mir in den Augen. Ich lege die in die Bahnhofsstraße hinausgehen. Ich frage auf und folge ihr von weitem, bis sie meinem Auge entschwindet.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Hinrichtung Saccos und Vanzetti und der italienische Faschismus.

Von Angelica Salabanoff.

Eine Seite der überwältigenden Tragödie, die sich in Massachussetts abgepielt hat, und mehr noch als die Arbeiterbewegung anderer Länder die italienische Arbeiterklasse aufs schwerste getroffen hat, ist von der Presse auch von der proletarischen — wenigstens in Betracht gezogen worden, und zwar die Hinrichtung und dem Morde Sacco und Vanzetti. Die Gründe, die amerikanischen Dollarmagnaten bewegen und erdrosselt, eine Schandtat zu begehen, die durch ihre raffinierte, kapitalistisch-heuchlerische Grausamkeit wohl den Weltrekord gebrochen hat, und gegen die ein erheblicher Teil der Menschheit, leidenschaftlichen Protest erhoben hat, sind genügend bekannt. Aber gerade weil es sich um miserables Proletariat, Emporkömmlinge handelt, gerade weil die Finanzmagnaten nicht nur der Arbeiterklasse ihres Landes ein Beispiel zu setzen wollten, sondern auch der öffentlichen Meinung der ganzen Welt gegenüber beweisen wollten, daß — wenn man Milliarden Dollars abgesehen von den Kriegsschulden abgibt — man sich auf dem Gebiet der Grausamkeit der Grausamkeit, der „Demokratie“, ebenbürtige Extravaganzen leisten kann, wie auf einem jeden anderen: gerade deshalb wäre die Hinrichtung, die Opfer dem Scharfrichter zu entreißen, die Interaktion der Regierung des Landes, dem diese anhängen. Vor allem wäre es „demokratisch“ gewesen — und das „Demokratische“ kam es doch den Fullers und Taners allem an — nicht etwa dem „Böbel“, der lärmenden für Menschenrechte“, der Weltpresse, sondern einem Vertreter der Regierung einer ehrwürdigen Monarchie, einem der Ordnung die zwei „Unterthanen“ zu übergeben, nicht der Menschheit zwei für ihre Betretung streitenden Abgesandten von dieser Form der Intervention wäre auch eine kritischere Erwägung in Betracht gekommen, eine Erörterung ökonomisch-politischer Charaktere. Die herrschenden Klassen Amerikas sind viel zu mächtig, um nicht genau zu wissen, welchen engen Grenzen sich die Protest- und Solidaritätsbewegungen oder nimprowaristischen Elemente bewegen, auch wenn ein gewisser Teil von ihnen — wie es in diesem Falle der Fall war — über eine die Menschheit entehrende Maßnahme auftritt. Diese Grenzen hören dort auf, wo menschliches Interesse der Klasse in Betracht kommt. Auch die europäischen Regierungen, bezw. ihre herrschenden Klassen keine Schuldner Amerikas gewesen wären, sie würden keinerlei Konflikt — sei es auch einen winzigen — mit Amerika geraten sein — zwei menschlicher Leben wegen. Anders ist es mit einer Regierung, die direkt in Mitleidenschaft gezogen ist — nicht aus Menschlichkeit, nicht aus nationaler Solidarität — gar wenn es sich um rebellische Proletariat handelt — sondern um Prestige, Machtprestige, pflegt eine Regierung in ähnlichen Fällen zu intervenieren, um auf dem Wege der gegenseitigen Konzessionen dasjenige zu erreichen, was ein noch so großer Teil der Menschheit mit platonischen Mitteln nie und nimmer erreichen kann. Das Hauptargument, das in solchen offiziell-offiziellen Unterredungen gemacht wird, ist der Hinweis auf einen schmerzlichen revolutionären Ausdruck, der bei den Teilen der Bevölkerung unangenehm erscheint, weil die herrschenden Klassen beider Länder bedroht sind, für beide Teile also gleich unvorteilhaft. Als 1913 ebenfalls zwei italienische Revolutionäre, Ettore und Giovanni, der Klassenraube der amerikanischen Ausbeuter ausgeliefert wurden und ihre Hinrichtung unmittelbar bevorstand, sind sie im letzten Moment dem Tode entzogen worden. Die Arbeiterklasse ebenso wie die herrschenden Klassen aller Länder glaubten damals an die revolutionäre Macht und an die revolutionäre Tat des damals selbstbewußten, geschlossenen Proletariats. Gerade waren die maßgebenden Vertreter von Millionen klassenbewußter revolutionärer Arbeiter in Basel zusammengekommen, um die Kriegsgesfahr gegenüber ihren Protest, die Drohung zu erheben, um das menschliche Leben gegen den menschenverachtenden Imperialismus zu verteidigen. War die internationalistische Internationale dazu stark genug, so konnte sie ohne weiteres zwei Revolutionäre dem Tode entreißen.

Das Telegramm, das auf Veranlassung der italienischen Delegation vom Präsidium des Kongresses an die betreffenden amerikanischen Instanzen geschickt wurde, war wohl das ausdrucksvollste für die definitive Beschlußfassung dieser Instanzen; allein diese Intervention der sozialistischen Internationale, die niemals Prestige in den Augen der Angehörigen und der Klassenkinder besaß, war eine Ergänzung, ein Abschluß dessen, was von diesen Sektionen, vor allem von der italienischen an Protestaktionen geleistet worden war. Von der Sozialistischen Partei angeleitet, hatte eine wichtige Agitation die wertvollsten Kräfte des ganzen Landes — bis in die entlegensten Dörfer hinein — und einen großen Teil des intellektuellen Kleinbürgertums zu einer überwältigenden Aktion gesammelt, die monatlang andauerte. Denn man daran zurück, daß in den letzten Jahrzehnten vor dem faschistischen Ueberfall das proletarische Italien, trotz des niedrigen Niveaus der Döhne und der verhältnismäßig nicht hohen Zahl der Organisierten an der Spitze der Protest- und Solidaritätsbewegungen gestanden hat, für die russischen Revolutionäre vor und nach ihrer Niederlage 1906, gegen den Besuch des blutigen Jaren, gegen die Hinrichtung Kerlers, gegen den imperialistischen Krieg, für Sowjetrußland, für die Emigranten des Sozialismus — so kann man sich vorstellen, was die Agitation für die zwei italienischen Anarcho-Syndikalisten gewesen war. Es muß allerdings bemerkt werden, daß Ettore und Giovanni von ihren proletarischen Landsleuten nicht so sehr als Landsleute, sondern vor allem als Vorkämpfer der sozialen Revolution, als leuchtendes Vorbild der Menschheit verteidigt und verherrlicht wurden.

Unter dem Druck dieser Ereignisse übte auch die italienische Regierung ihren Druck auf die amerikanische aus. Gewiß war die Widerstandsfähigkeit dieser viel schwächer als heute — Amerika war noch nicht zur Weltmacht geworden, Europa noch nicht zu seinem Vasallen — allein der Unterschied zwischen dem damaligen und dem heutigen Amerika war nicht so ausschlaggebend, wie das Ausbleiben jeglicher Intervention der Regierung.

Daß die Kreise, die heute Italien beherrschen, nicht intervenieren konnten, erklärt sich aus verschiedenen Gründen, die alle auf ihr Abenteuerium zurückzuführen sind, auf dem Umstand, daß Italien seine Regierung besitzt, sondern von einer Abenteuererclique beherrscht wird.

Sind die meisten Länder, die sich am Kriege beteilig haben, in Abhängigkeit von Amerika geraten, so ist es Italien in einem besonderen, höchst unvorteilhaften Sinne. Im Vergleich zu anderen Ländern hat Italien die Kriegsschulden nicht nur anerkannt, sondern sich auch an allen Modalitäten ihrer Tilgung verpflichtet, und zwar um das italienische Volk in noch größere Härte zu Amerika zu bringen. Die Arbeiten, die die Faschisten in Amerika vollbracht haben, waren dazu bestimmt, die vom Faschismus herausgeschickte Krise zu verheilen, die katastrophale Katastrophe anzuhängen. Um der Welt, die Tragweite der Katastrophe, die alle Bevölkerungskreise in Mitleidenschaft gezogen hatte, zu beschreiben, war die wahrhaftige Demagogie der Interventionenaktion. Das „faschistische“ Vandalentum brachte die Industrie, vor allem ihre zwei Hauptzweige, Automobil- und Kunststoffeindustrie zu völliger Unmöglichkeit von der amerikanischen Finanz. Wie konnte unter diesen Umständen die offizielle Kreise Italiens dem Dollar-Amerika gegenüber eine energische Sprache führen?

Im Grunde genommen wollte die faschistische Obrigkeit die zwei Vorkämpfer auch gar nicht retten. Im Gegenteil, die ganze Agitation war ihr äußerst unangenehm, ebenso wie die „Pöbel“ die öffentliche Meinung des Landes viel mehr zur Rettung der Arbeiter, als ihr eigenes Land getos hatte, zu einer Zeit, wo dieses durch seinen Größenwahn, durch den

imperialistischen Zorn, seiner Politik, seiner Presse, die ganze Welt herausforderte, war es nicht in der Lage, zwei seiner „Unterthanen“ dem ausländischen Scharfrichter zu entreißen! Und wie konnten überhaupt diejenigen, die die Todesstrafe eingeführt haben, die Tausende und Abertausende in den Gefängnissen in der Deportation auf unbewohnbaren Inseln schmachten lassen, wie konnten die Regierenden eines Landes, in dem es genügt, ihnen oder ihren Angehörigen unbedeutend zu werden, um ohne Gerichtsverfahren, ohne Beurteilung durch direkte Aktion des Individuellen oder Massenterrors unter unlagbaren Qualen und Erniedrigungen aus der Welt geschafft werden, gegen ein Todesurteil ihre Stimme erheben? Wie könnte auch eine Regierung, von deren Haupt man genau weiß, daß er persönlich den Mord an Matteotti verübt hat, sich anmaßen, für Sacco und Vanzetti zu intervenieren? Hat doch Mussolini, der seine Popularität im Vorkriegsitalien durch die heftigsten Protestkampagne gegen den Tripoliskrieg und gegen die Hinrichtung Periers erworben hat, sich als erster Vasall vor den Dollarkönigen brühen können, Italien sei das einzige Land, in dem es keine Agitation für Sacco und Vanzetti gegeben habe.

Als in den drei Wochen, die der Hinrichtung vorangingen, durch ein ruchloses Manöver der betreffenden Kreise Amerikas den Angehörigen der zwei Märtyrer und der ganzen Menschheit Hoffnung auf ihre Rettung verliehen war, folgten auch die faschistischen „Sprachrohre“ der allgemeinen Stimmung. Wie es sich für Abenteuer und Vasallen geziem, gestellte die faschistische Presse ihre heuchlerische Stimme zu dem allgemeinen Chor der Weltpresse, als es den Amerikanern auf einzelne Stimmen nicht mehr ankam. Die Faschisten dachten, die Erlösung der zwei Märtyrer sei gesichert und wollten einen Teil des Erfolges für sich in Anspruch nehmen, um sagen zu können, die Matteotimörder haben Sacco und Vanzetti gerettet, um vor den wertvollen Massen die Mitverantwortung der Faschisten Italiens am Morde der zwei Landsleute, vor den übrigen Kreisen der Bevölkerung den völligen Mangel an Prestige, die Impotenz der sich für allmächtig ausgebenden Regierung zu verhehlen. Unter normalen Umständen wäre so ein zweideutiges Aufstreiten unmöglich, in diesem Falle aber weiß man doch ebenso gut in Amerika wie in Italien, daß es sich nur um Bluff handeln kann. Nur im faschistischen, dem Abenteuerium vollständig ausgelieferten Italien, war das möglich. Zu einer Zeit, da die Agitation zur Rettung der zwei Revolutionäre erst im Entstehen war und man sich nicht vorstellen konnte, daß sie so mächtig werden würde, machte das Staatsoberhaupt des Landes, dem sie angehörten, keinerlei Versuch, um sie dem Tode zu entreißen. Als die Agitation in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens getreten war und stürmischen Charakter annahm, verschärfte er die amerikanischen maßgebenden Kreise des Nationalismus des italienischen Volkes ihm gegenüber. Als die Protestbewegung in der ganzen Welt aufgenommen wurde und die Befreiung der zwei Märtyrer ins Reich der Wahrscheinlichkeit gerückt hatte, sah man die faschistische Presse, über die daselbst Staatsoberhaupt verfügt, sich mit echt faschistischer Unverschämtheit in den Zeitartikeln an die Seite der zwei Italiener stellen. Brauchten die maßgebenden Instanzen Amerikas diese zweifelhafte Komödie ernst zu nehmen? Und wenn sie es getan hätten, müßten sie doch, wieviel Sacco und Vanzetti es an einem Tage im Vaterlande der zwei Anarchisten gegeben hätte, wieviel Gemordete, wenn das italienische Volk sich erdreistet hätte, seine Enttötung, seine Solidarität Sacco und Vanzetti gegenüber im Vaterlande Ausdruck zu verleihen. So verfügte sie, unbekümmert um die Folgen ihrer Schandtat, ungestört, ihre Ausführung.

Sacco und Vanzetti sind durch die Faschisten den Scharfrichtern ausgeliefert worden. Das italienische Volk, das durch die Unmöglichkeit, sich an der Protestaktion zu beteiligen, die bittere Erniedrigung erfährt, weiß, auf wessen Konto es Mord und Erniedrigung zu buchen hat. Sie weiß auch, daß Sacco und Vanzetti weder die erste, noch die letzte Raube der Klassenraube waren, und daß es kein Zufall ist, daß sie wie Ettore und Giovanni, wie Matteotti, wie Di Bagnò, wie Picati, wie Coriole, wie Cameo, wie Stagnetti, wie tausend andere Italiener Söhne des untertänigen italienischen Sozialismus sind, dessen Geist weder der infame Faschismus, noch der ruchlose Dollarübermut zu treffen vermögen.

Ein Vorschlag und ein Gegenvorschlag

Die Reichsregierung hat den Landesregierungen in einem Rundschreiben vorgeschlagen, anlässlich des 80. Geburtstages von Hindenburg folgendes zu veranstalten:

1. Befestigung sämtlicher Dienstgebäude des Landes und der Stadtgemeinden;
2. Betanstellung sämtlicher Schulfestern am Sonnabend, den 1. oder am Montag, den 3. Oktober; Ausfallen des Schulunterrichts im Anschluß an diese Feiern;
3. Fühungnahme mit den Kirchenbehörden, damit am 2. Oktober 1927 des Geburtstages in den Kirchengemeinden gedacht wird.

Wenn die sorgsame Reichsregierung mit ihren Anregungen und Vorschlägen nur auch sonst so pünktlich wäre!

Es ist ungläublich, wach ein Theater von bürgerlicher Seite aus einem privaten Erinnerungstag eines Privatmannes gemacht wird. Es wird mehr gemacht, als wenn das deutsche Volk den Tag seiner Verfassung feiert. Kein Mensch empfindet die nationale Würdelosigkeit, die in dieser Kriecherei vor einem Manne liegt, dessen Verdienste um das Land sehr zweifelhafter Natur sind, ja, der auf wichtigem Posten in gefährlicher Zeit sich als sachlich völlig unzulänglich erwies. Die Menschenanbetung, die hier betrieben wird, ist eines großen Kulturvolkes durchaus unwürdig. Geradezu unerträglich ist es aber, diesen Mann zum Gegenstand gottesdienstlicher Handlungen zu machen. Das ist richtiger Götzendienst.

Wir wollen deshalb diesen Vorschlag der Reichsregierung mit einem anderen Vorschlag beantworten: Wir schlagen vor, daß für den Fall, daß am 3. Oktober wirklich schulfrei sein wird und Schulfestern stattfinden, die Sozialdemokratische Partei überall den freien Tag dazu benützt, ihrerseits Versammlungen für die Schulkinder zu veranstalten, in denen diesen die Wahrheit über Hindenburg mitgeteilt wird, um so der gefährlichen Selenvergiftung der Kinder entgegenzuwirken.

Hindenburg mehr als die Verfassung.

Ein echter Schwabens Reiches.

Das Württembergische Staatsministerium, das sich dem Verfallungsgesetz gegenüber völlig gleichgültig zeigte und selbstverständlich auch nicht daran dachte, seine Würdigung in den Schulen des Landes anzuordnen, teilt jetzt in einer Bekanntmachung mit, daß am 2. Oktober, dem 80. Geburtstag Hindenburgs, auf dessen Wunsch keine „amtlichen“ Feiern stattfinden sollen. Gleichwohl aber ordnet es die Abhaltung von Schulfestern an, die man wohl kaum als eine Privatangelegenheit der Beteiligten wird bezeichnen können. Ferner wird bestimmt, daß die öffentlichen Gebäude an diesem Tage in der Reichs- oder Landesfarben zu festlaggen sind.

Die maßgebenden sozialistischen Organisationen werden sich nach einer Meldung der Reichspresse anlässlich des 80. Geburtstages v. Hindenburg noch einmal mit der Flaggenfrage be-

schäftigen. Ihre maßgebenden Mitglieder haben sich inzwischen den Kopf zerbrochen, was sie tun sollen, und dabei haben mehrere Vorschläge das Licht der Welt erblickt. So wird unter anderem empfohlen, die schwarz-rot-goldene Reichsflagge und die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der Gleich zu lösen, während andererseits auch vorgeschlagen worden ist, weiterhin von jeder Beflaggung abzusehen, um den noch immer schwebenden Streit nicht neu zu entfachen. Man will sich unter Umständen niemals darauf beschränken, die Fronten der Hotels mit Blumen und Teppichen zu dekorieren. Über die Beschluß darüber, ob eine Ehrung des Reichspräsidenten durch Teppichläufer erfolgt, ist erst in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Verminderung der Besatzungstruppen

Durchführung in zwei Etappen.
Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Besatzungsbehörden die Absicht haben, die Verminderung der Besatzungstruppen in zwei Etappen vorzunehmen. Bis zum 31. Oktober soll ein „kleiner Räumungsplan“ verwirklicht werden. Er sieht eine Verminderung um 4000 Mann der französischen Besatzung vor. Der Abtransport der Engländer und Belgier ist im Rahmen des „größeren Räumungsplans“ beabsichtigt, der bis Ende dieses Jahres ausgeführt sein soll.

Die Räumungspläne sind inzwischen in Genf zur Erörterung gelangt. Von größeren Orten, die durch den Abbau eine Erleichterung der Besatzungslasten erfahren werden, sind Trier, Koblenz, Worms, Kreuznach und Neustadt hervorzuheben. Der kleine Räumungsplan bestimmt, daß aus Trier ein Stab und ein halbes Bataillon Feldartillerie, aus Koblenz ein Stab und kleinere Abteilungen, aus Worms ebenfalls nur kleinere Abteilungen und aus Kreuznach ein Stab zurückgezogen werden sollen. Die Pfalz ist in dem kleinen Räumungsplan sehr fleischnüchtern behandelt. Nur aus Neustadt wird ein Teil der dort liegenden Fliegertruppen abtransportiert werden. Einer fühlbaren militärischen Entlastung der Pfalz wird von der Besatzungsbehörde „aus Gründen der Sicherheit“ der Truppen wenig Rechnung entgegengebracht. Was die schwarzen und farbigen Arbeitsjungen betrifft, so liegt die Zulage vor, sie nicht mehr in geschlossenen Formationen, sondern nur noch einzeln zu verwenden. Das französische Oberkommando ist aber nicht geneigt, diese schwarzen Kommandos teljes zurückzugeben zu lassen.

Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages, dessen Beratungen man mit gespanntem Interesse entgegensteht, nimmt seine Arbeiten am 21. September auf, während am 22. September sich der Reichshausausschuß verammelt wird, um über die Höhe der Vorhülle auf die kommende Neuregelung der Besoldungsordnung zu bestimmen. Der Reichsrat hält seine erste Sitzung nach den Sommerferien am Donnerstag, den 15. September, ab. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen. Der preussische Staatsrat tritt am 28. September wieder zusammen. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages ist zum 26. September einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die Steuervereinfachung. Die Vollkammern des preussischen Landtages werden am 11. Oktober wieder aufgenommen werden.

Preußen kann die Gehaltserhöhungen aus eigenen Mitteln bestreiten.

Berlin, 14. September. Das Preussische Kabinett wird heute nachmittag seine Beratungen über die Besoldungsreform fortsetzen. In der gestrigen preussischen Kabinettsberatung konnte der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff mitteilen, daß Preußen in der Lage sei, die vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

In der heutigen preussischen Kabinettsitzung sollen nun die Einzelpositionen der Besoldungsvorschläge durchberaten werden. Nach Ansicht der „B. Z. am Mittag“ wird das preussische Kabinett sich dahin aussprechen, den unverschuldeten Beamten das neue Gehalt der Beherateten um 10 Prozent zu kürzen.

Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle in Oesterreich.

Wien, 13. September. Im Zollausschuß des Nationalrates wurden heute die Zollerhöhungen auf Weizen, Roggen, Gerste und Hafer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Hierauf ging der Ausschuss an die Erörterung des Mehlszollens. Die Sozialdemokraten wandten sich scharf gegen diese Position, weil dadurch den Konsumenten zu hohe Lasten auferlegt würden.

Amlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 14. September 1927.

Der Marktbesuch betrug: 1029 Rinder, 1189 Rälber, 408 Schafe, 3171 Schweine, Ueberstand vom vorigen Markte waren: 14 Rinder, — Rälber, 7 Schafe, 8 Schweine.

I. Rinder.		1042 Stück	Es wurde bezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht Mark
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	1. jüngere	116	56-60
	2. ältere		56-60
b) sonst vollfleischige 1. jüngere			44-48
	2. ältere		44-48
c) fleischige			32-34
d) geringe geschlachte			—
B. Kühe:		335 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts			56-62
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte			46-60
c) fleischige			35-40
d) geringe geschlachte			—
C. Rälber:		1189 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts			53-56
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte			41-45
c) fleischige			27-32
d) geringe geschlachte			18-22
D. Schafe (Wahlwais):		135 Stück	
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts			58-60
b) vollfleischige			45-50
c) fleischige			35-40
E. Ziegen:		20 Stück	
a) fleischige geschlachte Jungziege			40-45
II. Rälber.		1189 Stück	
a) Doppelt, besser Kopf			76-80
b) Beste Mast- und Saugrälber			66-70
c) Mittlere Mast- und Saugrälber			56-59
d) Geringere Rälber			—
III. Schafe.		475 Stück	
a) Mastschaf und jüngere Mastwolle: 1. Bestwolle			57-63
	2. Zweitwolle		—
b) Mittlere Mastwolle, ältere Mastwolle und gut mehr Schafe			43-48
c) Fleischige Schafwolle			30-35
d) Fleischige Schafwolle			—
IV. Schweine.		3171 Stück	
a) Schlachtwagen über 150 Rb. (7 Heuter) Lebendgewicht			73-75
b) vollfleischige Schweine von 60-80 Rb. Lebendgewicht			72-74
c) fleischige			65-72
d) fleischige			47-59
e) fleischige			38-65
f) Schweine			—

Amliche Devisenliste der Berliner Börse

vom 14. September	
1 Pfund Sterling	20,415
1 Dollar	4,193
100 Holl. Gulden	168,23
100 Belg. Gulden	35,455
100 norw. Kronen	110,89
100 Dän. Gulden	61,24
100 Österr. Kronen	22,94
100 Nip. Kronen	112,89
100 franz. Franken	16,46
100 österr. Kronen	12,148
100 Schweizer Kronen	60,02
100 Nip. Kronen	71,04
100 schwed. Kronen	117,15
100 österr. Kronen	73,48
100 Nip. Kronen	68,28
100 österr. Kronen	65,67
100 österr. Kronen	65,67

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. September.

für die städtischen Handwerker Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, in der heutigen Sitzung folgenden Dringlichkeitsantrag anzubringen:

In Anbetrachtung an den von der Stadtverordnetenversammlung am 29. August gefassten Beschlusses, den Beamten entsprechend dem Vorgehen Preussens schon vor der Befolgsneuregelung eine Erhöhung ihrer Besoldung zu gewähren...

Die Heide blüht!

Es ist mit dem Naturgenuss wie mit der Musik: der eine geht die uppage Facetten einer italienischen Oper, der andere nicht sich zurück zur geläuterten, verinnerlichten Symphonie...

Aber es gibt nicht nur die Lübnitzer Heide. Auch wir haben dieses Landschaftsbild in erreichbarer Nähe. Ist es doch jenseits Heidegrübel, der sich durch ganz Deutschland von Nord...

Unendlich lange Schneefäden führen uns durch Kiefernplantagen, deren braune Stämme gravitätisch zum Himmel stehen, dazwischen belegen das erste Bild da und dort verblühten Birken, mit ihrem munteren grünen Laub vom sanften...

Wir fahren bis Juliusburg und gehen vom Bahnhof die Straße rechts der Bahn entlang bis an den Waldbrand, diesen rechts herum und an den letzten Häusern von Neuhäuser Eintritt...

Wir müssen aber wegen der Zugverbindung ebenfalls zurück nach Groß-Graben. Fahrzeiten: Ab Breslau Oberort 5,13 Uhr, an Juliusburg 6,27 Uhr; Rückfahrt: ab Groß-Graben 19 Uhr, an Breslau Oberort 21,18 Uhr; Anschlüsse auch für Hauptbahnhof und Nicolaitor.

Kartenmaterial: Landesaufnahme 1:100 000 Dels und Umgebung, Trewendt & Graniers farbige Umgebungskarte von Breslau, Sektion Trebnitz. Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Breslau e. V.

Kunst und Briefmarken.

Kein Mensch wird ernsthaft glauben, daß man auf dem kleinen, dünen, papiernen Fleckchen unserer Briefmarken Kunstwerke herstellen kann. Keiner wird auch verlangen, sich für drei Pfennige ein irgendwie belangvolles Bild Goethes oder für 15 Pfennige ein aussehendes Porträt Kants beschaffen zu können...

Hindenburg.

Dolchstoß- und Heldengeschichten in der Festschrift der „Hindenburg-Spende“. Von Volzgeobert a. D. Dr. Schützinger.

Eine „Hindenburg-Welle“ sondergleichen steht uns in diesen Tagen bevor. „Fahnenwender, Fanfarebläser, Fahnenkompagnien, Standartenstabtruppen und Ehren-Batterien“ der republikanischen Reichswehr stehen, Schulter an Schulter mit den entschiedensten Gegnern der Republik, den „Kriegergebundenen“...

Reißt der Reichspräsident überhaupt von der politischen „Aktion“, zu der sein Geburtstag mißbraucht werden soll? Hat er überhaupt eine Ahnung davon, was es bedeutet, wenn als „Volksgesetz“ seines Geburtstages der „Reichsriegebund“...

Eigentlich nicht. Wer den „Alten von der Wilhelmstraße“ psychologisch zu begreifen sucht, weiß, daß ihm die verführerische Geste und das Allinghausen-Pathos „Seid einig, einig, einig!“ viel mehr liegt als die politische Feindschaft und der militärisch drapierte Klassenkampf...

Diese „Hindenburg-Spende“ ist nicht nur einseitig orientierten Propagandaschrift, Reichspräsident Hindenburg auf das deutsche Volk loszulassen, die im Sinne ihrer Auftraggeber auf dem Gebiet der historischen Brunnenvergiftung das Höchstmögliche zu erreichen sucht.

Gewiß — der „Komplex Hindenburg“ mit seiner Verschönerung von Herrscher, Politiker und Mensch stellt ein psychologisch und politisch höchst verwickeltes Problem dar, das nicht mit kommunisierenden Kraftworten, sondern nur mit Takt und Delikatessse zu lösen ist...

Gewiß — der mit der Präsidentenklage der Republik gedachte ehemalige kaiserliche Marschall ist vor allem in der Zwischenzeit zwischen Kapital und Arbeit heiligst verwurzelt — vielleicht weniger wegen seiner politischen Leistungen als Heerführer im Kriege, als deswegen, weil er beim militärischen Zusammenbruch nicht geistig zusammenbrach wie Ludendorff...

Gewiß — auch die deutsche Arbeiterklasse respektiert in dem ehemaligen General den Träger der höchsten Staatsgewalt der Republik.

All das machte uns den politischen Abwehrkampf gegen die neu aufkommende „Hindenburg-Kampagne“ herzlich sauer und schwer, wenn nicht die politischen Handlanger der „Hindenburg-Spende“ in ihrer Schrift aus dem allen Haudegen unter Verbiegung historisch längst erhärteter Tatsachen einen „Heros“ gemacht hätten...

Das „Geleitwort“ des ehemaligen „Volkssoldat-Kandidaten“ Dr. Marx, das den am militärischen und politischen Zusammenbruch doch wohl nicht so ganz unverantwortlichen Marschall zum „Vater des Vaterlandes“ beklariert, fällt ja wohl weniger in das Gebiet der Politik wie des guten Geschmacks.

Was sich im übrigen die beiden Hauptautoren, der deutsche Dichter und „Reserve-Major“ Walter Bloem und der Generalfeldmarschall und Kriegswissenschaftler Wolfgang Foerster an politischen und militärischen Retouchierungen gefleht haben, ist eine gründliche Zurechtweisung wert.

Für Walter Bloem ist es eine feststehende Tatsache, daß Marschall Hindenburg, hätte sich nicht zum ehrenvollen Unterliegen der politischen Zusammenbruch gefügt, die Aufgabe gehabt hätte, die Armee in fester Hand zu behalten als Schwergewicht in der Waagschale der Friedensverhandlungen...

Sie waren wohl in jenen Tagen, als nach dem Zusammenbruch der bulgarischen und der österreichischen Front die Armee Frankreichs auf Budapest und das italienische Feldheer auf Innsbruck und Wien marschierte, wohl am Mond, Herr Major?

In einer anderen Stelle: „Wäre dieser Hindenburg ein Landsknecht gewesen, so hätte er die erledigte Staatsgewalt aufgegriffen und mit dem Schwert Ordnung gebracht!“ So einen Optimismus hat es damals an der Front wohl nirgends gegeben!

Mit Oberstleutnant Foerster, dem „Ludendorff-Professor“, zieht der ganze Sachmut und die politische Arroganz der „Hindenburg-Spende“, von der sich Hindenburg zweifellos nicht wesentlich unterscheiden, in die „Festschrift“ ein. Für ihn ist das Feldherrnpaar Hindenburg-Ludendorff — mit Unbill identifiziert er den Marschall — der Inbegriff der höchsten militärischen und politischen Genialität...

Wfo: Die Dolchstoßlegende in Reinkultur mit einem Schuh Ludendorffsches Spezialgerät! Und so etwas verbreitet man in Millionenauflage als „Geburtsstagsheft“!

Der „Feldherr Hindenburg“ ist trotz aller Geburtstags-Reden bereits heute eine von der modernen, internationalen Militärwissenschaft millimeterbreit festgelegte, geschichtliche Figur. General Bual, General Groener, General Hoffmann, General v. Schoeneck, General Moller, Oberst Fabry, Oberst Grafset, Hauptmann Pierrefen, Capitän Wright, Oberst Schwerdtfeger, Professor Debrück, General v. Ruhl haben ihn haargenau gezeichnet. Er war keine „Ehrwürdige Kull“ zu der ihn Oberst Bauer und General Ludendorff so hümpeln verstanden, er war aber andererseits kein militärisches Genie mit operativer Schöpferkraft...

Den politischen Diktator im Weltkrieg Paul von Beneckendorff und Hindenburg, der Schulter an Schulter neben Ludendorff den anglistatternden Kaiser zum „unbeschränkten U-Boot-Krieg“, zur Entlassung Bethmanns und Küßmanns zwang, der jeden „Verständigungsfrieden“ von vornherein zur Unmöglichkeit machte, bis die Waffenruhe unvermeidlich war, den kennt heute keiner mehr?

„Kalt bis ans Herz“ steht darum die bei der letzten Regierungsbildung von Hindenburg politisch entmündigte und beim letzten Volksentscheid über die monarchistische Tradition „belehrt“ deutsche Arbeiterklasse nach diesem politischen Auftakt der Hindenburg-Feier diesem Geburtstag gegenüber. Alle Trommler, Pfeifer, Fahnenwender und Historienstreiter der „Hindenburg-Spende“ werden jedoch die Tatsache nicht auslöschen können, daß dieser deutsche Industriestaat politisch, ökonomisch und militärisch ein Nichts ist — ohne das Proletariat!

Bildungswert noch auch Anreiz zu Freude oder Stolz kann von dieser Art Briefmarken ausgehen.

Nun plant man im Postministerium die Herausgabe von Marken mit Bildern berühmter Städte! Hoffentlich wird noch zur Zeit vor diesem erneuten Mißbrauch erfolgreich gewarnt werden. Fürzierliche und lächerliche Vorstellung, einem liebgewordenen Bauwerk in dieser notwendigerweise unvollkommenen Miniatur-Darstellung begegnen zu müssen. Man entlicke sich doch, einen modernen Künstler mit der Schaffung eines solchen, anständigen, sauberen Ornamentes für eine neue Briefmarke zu beauftragen, das gut reproduzierbar ist...

Neue Bahnhofsanlagen am Oberort.

Der Neubau der Unterführung am Trebnitzer Platz geht jetzt der Vollendung entgegen. Der Tunnel ist im Eisenbeton ausgeführt. Die gesamten Arbeiten am Oberort sind beendet. 12 eiserne Säulen tragen das gewaltige Gewicht des Tunnels. Die Unterführung hat jetzt eine Länge von 45 Metern. Da bei dem Umbau des Oberortbahnhofs die Gleisanlagen um etwa drei Meter gehoben worden sind, war genügend Raum vorhanden, nicht nur den neuen Tunnel höher zu bauen, sondern auch das Straßenniveau wird höher gelegt werden können.

Die zur Verbreiterung des Tunnels nötigen mauerwerkartigen Bodenmassen abgetragen werden. Für den ausführenden Fahrdamm ist eine Breite von fünfzehn Metern vorgesehen, so daß nun auch hier der stärkste Verkehr unbehindert abwickeln kann. Auf jeder Seite des Fahrdammes führt ein fünf Meter breiter Bürgersteig durch den Tunnel. Die neue Unterführung stellt für die Oberortbahn im Carlstadt, Bohlsdorf und Rosenthal eine außerordentlich wichtige Verkehrsverbesserung dar, denn die et-

trische Straßenbahn wird jetzt endlich weitergeführt werden können. Augenblicklich ist die Unterführung noch halbseitig gesperrt, da vor dem Beginn der Pfisterarbeiten die gesamte Kanalisation erneuert wird.

Auf der Straße von der Trebnitzer Straße bis zur Nieder-gasse sind die Wände des erhöhten Bahndammes in Eisenbeton ausgeführt. Durch die Höherlegung der Gleise ist auch eine Unterführung der Nieder-gasse notwendig geworden. Dieser Tunnel ist in den gleichen einfachen architektonischen Formen ausgeführt worden wie der am Trebnitzer Platz.

Auch der Umbau der Gleisanlagen bzw. der Bahnsteige des Oberortbahnhofs schreitet rüstig fort. Seit einigen Wochen widelt sich der Personenverkehr nicht mehr auf dem Gleise ab, das sich noch in der alten Verfassung befindet, sondern die Abfertigung der Personenzüge geschieht jetzt auf dem neuen zukünftigen zweiten Bahnsteig. In diesem Bahnsteig kann man sich schon das zu läufige Aussehen der neuen Bahnhofsanlage vorstellen. Der Bahnsteig ist durch einen Tunnel zu erreichen, der genau in der Mitte des Bahnsteiges liegt und zu gleicher Zeit in der Richtung zum Haupteingang des Empfangsgebäudes verläuft. Der nördliche Teil des Tunnels ist noch nicht fertiggestellt, da hierzu grundlegende Änderungen im Innern des Empfangsgebäudes notwendig sein werden. Der Zugang und Durchgang durch das Gebäude muß zu diesem Zweck etwas einseitig Meter tiefer gelegt werden, so daß später der Eingang in das Empfangsgebäude in gleicher Höhe mit der Straße liegen wird. Neben eine höhere Ausstiegsstreppe gelangt man jetzt in den Tunnel. Von diesem aus führt auf jeder Seite eine breite Steintreppe auf den neuen Bahnsteig, der mit einem breiten Holzaufgang ausgestattet ist. Auch ein moderner Fahrstuhl für die Gepäckabfertigung ist eingebaut. Als zur Beendigung aller Erneuerungsarbeiten wird allerdings noch geraume Zeit benötigt.

Das Brausebad am Berliner Platz.

wird schon seit Wochen einer umfassenden Erneuerung unterzogen. Summige Arbeit und Eifer werden nun in den Vordergrund gedrückt, da während der fünfjährigen Benutzung dieses Bades schon so manches defekt geworden ist. In etwa drei Wochen wird das Bad wieder zur öffentlichen Benutzung geöffnet sein. Während der Renovierung sind am nächsten erreichbaren Bahnhöfen am Stragauer Platz und am Berliner Platz

Aus aller Welt.

Die Springflutkatastrophe in Japan.

Tausende von Toten.

Die gewaltige Springflut, von der der Süden Japans und vor allem die Westküste der Insel Kjusiu heimgesucht wurde, stellt sich als das größte Unglück seiner Art seit 40 Jahren dar. Einhalb Stunden, von 10 bis 11,30 Uhr nachmittags, tobte ein gewaltiger Sturm längs der Westküste und peitschte eine 10 bis 25 Fuß hohe Flutwelle in das Land. Die Verheerungen sind ungeheuer, die Zahl der Opfer geht in die Tausende. Allein auf der Insel Kjusiu wird die Zahl der Toten mit über 1000 angegeben. Auch auf der kleinen Insel Kamisima werden über 1000 Vermisste gemeldet. In dem Dorfe Ditsjin fanden 153 Personen den Tod. Mehr als 5000 Häuser sind durch die Springflut zerstört worden, davon in den Städten Kojima und Nalamura je etwa 2000, in Natsjima etwa 500. Teilweise wurden ganze Straßenzüge fortgeschwemmt. In der Stadt Nura wurden 5000 Häuser unter Wasser gesetzt, so daß rund 15 000 Einwohner obdachlos geworden sind. Weite Gebiete flachen Landes stehen vollkommen unter Wasser. Im Innern des Landes sind teilweise die Flüsse über ihre Ufer getreten. Die große Hafenstadt Nagasaki hat verhältnismäßig wenig durch die Springflut gelitten, jedoch hat der Sturm hier großen Schaden angerichtet. Mehrere Dampfer, die in der Nähe der japanischen Küste waren, sind übersäufert. Verschiedene Schiffe, die vor Anker lagen, sind untergegangen. Hunderte von Fischerbooten wurden mitsamt ihrer Besatzung abgetrieben und sind im Sturm untergegangen. Selbst große Boote wurden von der Flut weit landeinwärts getragen und zerstückelt. Der Sturm hat seinen Weg fortgesetzt und die Gebiete von Yokohama und Tokio erreicht. Er ist mit wolkenbruchartigem Regen verbunden, der großen Schaden an der Ernte anrichtet. In Tokio stehen auch mehrere Stadtviertel unter Wasser. Während der Katastrophe wurde in Tokio und anderen Städten Japans ein schweres Erdbeben festgestellt. Man nimmt daher an, daß Orkan und Springflut durch ein Untersee-Erdbeben oder den Ausbruch eines unterseeischen Vulkans verursacht worden sind.

Die beiden amerikanischen Weiskilger Dred und Schlee befanden sich zurzeit des Unglücks in der schwer betroffenen Stadt Omura. Ihr Flugzeug hat jedoch nicht gelitten. Sie konnten vielmehr am Mittwoch morgen um 6,35 Uhr ihren Flug fortsetzen und sind unweit Tokio glücklich gelandet. Ob sie jedoch ihren Flug unter den obwaltenden Witterungsverhältnissen fortsetzen können, ist sehr zweifelhaft geworden.

Die Zahl der Toten, die die Springflut in Japan gefordert hat und die bisher aus den Trümmern geborgen wurden, beläuft sich nach den neuesten Schätzungen auf 3000. Außerdem werden 1000 Personen noch vermißt. Man befürchtet, daß auch sie sämtlich umgelassen sind. Am schwersten sind die Orte Nalamura und Nalamami betroffen. Hier sollen allein 1500 Menschen ihr Leben eingebüßt haben.

Sturmflut auch in Mexiko.

Nach Meldungen, die erst am Mittwoch in New York eingetroffen sind, ist Ende der letzten Woche auch die westliche Westküste Mexikos von schweren Stürmen und gewaltigen Springfluten heimgesucht worden. Alle Drahtverbindungen mit dem betroffenen Gebiet waren tagelang unterbrochen. Die Zahl der Toten soll in die Hunderte, die der Verletzten in die Tausende gehen. Ganze Ortschaften an der Küste wurden zerstört, so daß Zehntausende obdachlos sind. Die Springflut wüthete in einer Ausdehnung von über 1000 Meilen und ergoß sich teilweise ins Land. Viele Hafen- und Küstentädte zwischen Oaxaca und Sonora sind überschwemmt worden. In der Stadt Salina Cruz erreichte die Springflut eine Höhe von 25 Metern. Auch die Häfen Guaymas und Mazatlan wurden durch die Flut fast völlig zerstört. Viele Dampfer wurden vernichtet und gelten als verloren. Der Sturm wüthete volle 60 Stunden.

Kasperle als Gesundheitslehrer.

Vor 200 Schülerinnen aller Altersklassen ist, wie der Amalische Preussische Pressedienst mitteilt, in einer Berliner Gemeindeschule kürzlich der Versuch gemacht worden, durch Vorführung eines Kasperle-Theaterstückes bei den Kindern Interesse für hygienische Fragen wachzurufen. Das zur Auführung gebrachte Theaterstück behandelte in dramatisch-humoristischer Form Fragen der Gesundheitspflege: Kasperle unterweist als Gehilfe und Vertreter eines Arztes in dessen ärztlicher Sprechstunde die Kranken und belehrt sie über die Möglichkeit der Krankheitsverhütung. Durch eingestreute Fragen Kasperles an die kleinen Zuschauer wurden diese gleichsam zum Mitgehen und Mitspielen gezwungen. Das Verständnis des Gehörten wurde in den Pausen durch Fragen von Seiten der Lehrer geprüft und dabei ein ausgezeichnetes Resultat erzielt. Der Erfolg des ganzen war durchschlagend, und es ist zu hoffen, daß dieser neue Weg der Vermittelung hygienischen Wissens durch weiteren Ausbau und weiteste Verbreitung bald reiche Früchte tragen wird.

Ein Berliner Hotelpage verschwunden.

Der fünfzehn Jahre alte Hotelpage Kurt Wählich aus Berlin-Reinickendorf (West), der in einem Hotel in der Dorothienstraße beschäftigt war, von dem er aber am 6. September entlassen worden war, ist verschwunden. Im nächsten Tage nach der Entlassung hatte er noch an zwei Stellen vergeblich um Beschäftigung nachgefragt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Nach Feststellungen der Polizei wurde der Knabe, während er im Hotel beschäftigt war, wiederholt von einem unbekannten Manne abgeholt. Es wird befürchtet, daß dieser Unbekannte den Knaben verschleppt hat.

Selbstmord in der Drostei.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch nahen ein Mann hellere, junger Mann in der Drostei eine Selbstmordthat und ließ sich zunächst große Strecken durch die Stadt fahren. Schließlich gab er als Ziel ein Hotel am Potsdamer Platz an. Als der Chauffeur dort ankam, fiel plötzlich im Innern des Wagens ein Schuß, und der Fahrgast lag mit durchschlagener Brust im Wagen. Der Fahrgast war auf 25 Meter angefallen. Die Leiche des Toten, der einen Zettel mit dem Namen Kurt Stübli bei sich hatte, wurden nach vier Minuten, ein Pipekoffer, eine Revolvertasche und ein Schmittkopf gefunden.

Wählbar aber nicht Wählerin.



Frau Laura Chamberlin, Vorsitzende der Frauenfraktion der Linchouses (Londoner Stadtteil) Arbeiter-Partei. Obwohl nach englischen Begriffen noch zu jung, um selbst wählen zu dürfen, ist sie eine tatkräftige Politikerin.

Ein Dieb in der Kaserne.

Vor einem Berliner Gericht hatte sich der frühere Reichwehrgeldat Volkmar wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Obgleich er schon im jugendlichen Alter wegen Eigentumsvergehens bestraft wurde, war es ihm gelungen, bei der Rekrutierung in Ulm anzukommen. Er wurde aber bald wegen Gehorsamsverweigerung entlassen. Daraufhin wandte er sich nach Berlin, wo er mit seinem nicht abgelieferten Truppenausweis Einlass in eine Kaserne fand. Hier brach er sieben Spinde auf und entwendete Geld und Zigaretten. Auch in anderen Kasernen Berlins ließ er sich Diebstähle zuschulden kommen. Der Angeklagte entschuldigte sich mit seiner Nothlage. Unter Jubel begrüßung mildernden Umstände, aber gleichzeitiger Betonung der ehrlosen Gefinnung, lautete das Urteil auf ein Jahr Gefängnis.

Großfeuer in Baugen.

Ein Großfeuer vernichtete in der Nacht zu Mittwoch die vor dem Stadigtut Brenschwich bei Baugen stehende Feldscheune, in der etwa 2000 Zentner Getreide lagerten. Ebenso wurde ein danebenstehender großer Holzschuppen mit verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen ein Raub der Flammen. Ein Getreidebinder, eine Lokomotive und verschiedene Wagen wurden stark beschädigt. Die Besitzerin ist verheiratet, erleidet aber trotzdem erheblichen Schaden. Die Entstehungsurache ist noch ungeklärt. Man hatte im Laufe des Dienstag mit dem Ausbruch begonnen.

Ein Brandstifter verhaftet.

Ein gemeingefährlicher Brandstifter konnte jetzt in der Person des Stellmachermeisters Klimke in Baugen dingfest gemacht werden. Klimke war schon dreimal in Untersuchungshaft. Jetzt gelang es, ihn in flagranti zu ertappen. In der Nacht zu Dienstag hatte er versucht, in Kassel ein altes Gebäude anzuzünden. Der Nachtwächter bemerkte den Täter und verständigte die Polizei. Er wurde verhaftet und in das Baugener Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Wahrscheinlich hat er den größten Teil der Brandstiftungen auf dem Korbholz, die in der letzten Zeit sich in auffeherregender Weise häuften.

Explosion im Hamburger Hafen.

Im Hamburger Hafen stürzte beim Verladen von Risten, die nach der Deklarierung Zündhütchen enthielten, auf dem Dampfer „Gradana“ Mittwoch mittag eine Riste ab, wobei eine Explosion erfolgte. Ein Arbeiter wurde schwer, acht weitere Personen leicht verletzt. Sie wurden ins Hafentrankenhaus überführt.

Die Jenerer Polizeitragedie.

Der Polizeioberwachmeister Demmler von der städtischen Polizei in Jena, der in der Nacht zum Dienstag von dem an-

getrunkenen Unterwachmeister Heimeide der Thüringische Landespolizei durch Revolvergeschüsse schwer verletzt worden ist, Mittwoch morgen gestorben.

Zwei Personen an Pilzvergiftung gestorben.

Bei der Ehefrau Berta Meuz und ihrer erwachsenen Tochter aus Bendleben bei Sondershausen machten sich nach dem Genuß von Pilzen Vergiftungserscheinungen bemerkbar. Sie wurden sofort nach dem Sondershäuser Landeskrankenhaus gebracht, wo beide gestorben sind.

Großfeuer im Zentralgefängnis Quetzinghausen.

Im Zentralgefängnis Quetzinghausen brach in der Nacht zum Mittwoch in einem Flügel, in dem eine Schreinerei untergebracht ist, aus noch unbekannter Ursache ein Brand aus. Die Feuerwehr konnte nur mit Mühe ein Weitergreifen des Feuers auf die mit Gelangenen besetzten Gebäude verhindern. Fünf bis sechs Waggons Holz und sämtliche Maschinen wurden vernichtet. Personen kamen nicht zu Schaden.

Auf seltsame Weise tödlich verunglückt.

Bei Geltendorf in Bayern sprang dem Schlossermeister Franz Stangl ein vom Ritzegel seiner Motorradlampe gelendetes Reh in die Maschine. Das Rad kam ins Schleudern und kürzte. Der Fahrer blieb mit einem schweren Schädelbruch liegen und starb kurz darauf.

Mord und Selbstmord.

Als ein in Frankfurt a. M. wohnhafter Beamter nachmittags nach Hause kam, fand er seine 32jährige Ehefrau und sein vierjähriges Kind mit durchschnittenen Kehle auf. Es wurde angenommen, daß die Frau in geistiger Umnachtung dem Kindes Hals durchschnitten und dann Hand an sich selbst legte.

Der Mörder von Zuit festgesetzt.

Die Ermittlungen der Hamburger Kriminalpolizei zu dem bei Zuit verübten Frauenmord haben inzwischen ergeben, daß es sich bei dem Mörder in der Tat um den Ingenieur Kurt Maria Port handelt, der am 27. Juli von Berlin in Begleitung der ermordeten Stiehe auf dem Wasserwege nach der Nordsee gefahren ist. Der Mörder hält sich zurzeit wahrscheinlich in Kassel auf, von wo er versuchen dürfte, mit Hilfe eines in seinem Besitz befindlichen Agiter-Passes nach Frankreich zu gelangen.

Selbstmord einer Schülerin.

In Leipzig hat eine dreizehnjährige Schülerin in der Küche der elterlichen Wohnung Selbstmord durch Gasvergiftung begangen. Ein Grund zur Tat konnte zunächst nicht ermittelt werden.

Eisenbahnunglück in Italien.

„Popolo di Roma“ berichtet: Mittwoch nacht, gegen 11 Uhr, entgleiste der Schnellzug Rom—Mailand in der Nähe von Bologna bei der Durchfahrt durch eine kleine Station. Die elektrische Maschine, der Gepäckwagen und zwei Personenwagen sind umgestürzt. Eine Reihe von Personen wurde verletzt, getötet wurde niemand. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Aus Bologna wurde sofort ein Hilfszug abgeleitet.

Einkurz eines Kornspeichers.

In einem Dorfe der Landschaft Ronserat (Norditalien) stürzte ein Kornspeicher infolge von Überlastung ein und begrub eine vierköpfige Familie unter sich. Alle vier Personen wurden getötet.

Schweres Straßenbahnunglück in New York

In dem New Yorker Vorort Weehawken überfuhr ein Güterzug an einem Straßenbahnübergang, dessen Schranke geöffnet war, einen Straßenbahnwagen. Zwei Fahrgäste waren sofort tot, 32 schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Neue Erdbebe im Schwarzen Meergebiet.

In der Nacht zum Dienstag wurden in Trapezunt und Sinope um 11,12 Uhr und nach Mitternacht mehrere Erdbebe verspürt. Auch in Konstantinopel selbst trat ein Erdbebe von 20 Sekunden Dauer auf. Es sind weder Sachschäden noch Todesopfer zu verzeichnen.

Cholera in China.

In größeren Gebietsteilen Chinas, vor allem im Yangtse-Tal, wüthet keine einzigen Wochen eine schwere Cholera-Epidemie. In der Stadt Nanking sind bis jetzt über 7000 Menschen von der Krankheit dahingerafft worden. Auch in den Eingeborenenvierteln von Shanghai hat die Krankheit schon zahlreiche Opfer gefordert. Die Zahl der Ausländer, die der Cholera erliegen, beträgt allerdings erst sieben. Dennoch herrscht große Beunruhigung, da die ärztlichen Maßnahmen völlig unzureichend sind.

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti.



In New York fand eine Gedenkfeier für Sacco und Vanzetti statt, an der allerdings nur 5000 Personen teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Denkmal enthüllt, das die Inschrift trägt: Sacco und Vanzetti, die Märtyrer der amerikanischen Pistolet, ermordet am 23. August 1927 durch die kapitalistische Justiz.

Gewerkschaftsbewegung. Reichsfinanzminister und Beamtenschaft.

Affront gegen den Bundestag des ADB. Das böse Beispiel.

Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat es für nötig gehalten, auf dem Bundestag des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats ein paar Worte über die Besoldungsreform zu sprechen.

Die Haltung des Reichsfinanzministers gegenüber dem Bundestag des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats an Affront. Wenn er auf der mitteldeutschen Tagung des Deutschen Beamtensyndikats sprechen konnte, dann mußte er aller geschäftlichen Belastung, im Laufe von drei Tagen mindestens eine halbe Stunde auch für den Bundestag der freigewerkschaftlich organisierten Beamtenschaft haben.

Demokratisches Tatgefühl und Bürgerblut sind nicht gut zusammen. Für den Verkehr mit den Organisationen hat die Reichsregierung des Bürgerblods neue Methoden sich zurecht gelegt.

Das getrennte Verhandeln mit den einzelnen Spitzenverbänden soll dazu dienen, die Verbände auseinanderzubringen und jedes gemeinsame Vorgehen der Organisationen zu verhindern.

Während bei den Reichsbeamten schließlich noch eine gewisse Möglichkeit der Einflußnahme auf die Gestaltung der Dinge durch die Parlamente besteht, ist für die Reichsbahnbeamten ein solcher Weg nicht.

Der Bundestag des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats am Mittwoch zur Besoldungsreform Stellung. Der Besoldungsreformminister des ADB, Dr. Köhler, erklärte an, daß man bis zu einem gewissen Grad bemüht gewesen sei, das 1924 an den unteren Beamten begangene Besoldungsrecht wieder herzustellen.

Der Bundestag des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats

Trotzdem dürfen die schweren Mängel der Neuregelung nicht übersehen werden. So müsse man den besoldungsbedürftigen Ledigenabzügen und der Beschränkung der Zulagen für uneheliche Kinder widersprechen.

Satzungen des Reichsfinanzministers erklärte Köhler, daß die Reform wohl gewisse Verbesserungen in der Besoldung bringe, aber auf der anderen Seite auch eine Rückwärtsbewegung des Besoldungsstandes vor allem durch die Tendenz zu den Besoldungsverhältnissen im Gesamtbild der Besoldung zu schaffen.

In der Aussprache, die zum Teil, vor allem bei den Vertretern gegen die bisherigen Verhandlungsmethoden des Reichsfinanzministeriums, recht stürmisch verlief, wies der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Scheffel, darauf hin, daß man jetzt wieder den

Beamten einzureden versuche, eine Besserung sei erst möglich gewesen, nachdem sich Teile der Beamten von den Arbeitern getrennt hätten. Vor diesen Kaitenfängermetoden müsse die Beamtenschaft auf der Hut sein.

Zur Haltung des Reichsfinanzministers nahm der Vorsitzende des Bundestages, Albert Falkenberg, in seinem Schlusswort scharf Stellung. Der Herr Reichsfinanzminister, erklärte Falkenberg, ist nicht erschienen. Das ist eine Tatsache, die auch wir respektieren müssen.

Achtung, Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute!

Dienstag, den 20. September, um 20 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Fraenkel von der Betriebsratschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dürrenberg den Vortrag: „Weltwirtschaft und Washingtoner Abkommen“ halten wird.

Teilnahmeberechtigt sind nur diejenigen Betriebsräte und Vertrauensleute, die von ihrer Gewerkschaft eine besondere Eintrittskarte erhalten haben und neben dieser beim Betreten des Saales auch ihr Mitgliedsbuch vorzeigen.

Eintrittskarten können von heute ab in den einzelnen Gewerkschaftsbüros in Empfang genommen werden.

Lohnkonflikt im niederschlesischen Bergbau.

Bekanntlich haben die Bergarbeiter des niederschlesischen Kohlenreviers vor einigen Tagen das bestehende Lohnabkommen gekündigt. Nun fanden zwischen dem am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften und dem Verein für die bergbauwirtschaftlichen Interessen Niederschlesiens Verhandlungen statt.

Die Verhandlungen im rheinischen Braunkohlenbergbau gescheitert.

Die Verhandlungen, die von den Gewerkschaften mit den Arbeitgebern im rheinischen Braunkohlenbergbau auf Grund der Kündigung des Arbeitszeitabkommens für das linksrheinische Braunkohlenrevier geführt wurden, sind infolge der Unabgängigkeit der Unternehmer gescheitert.

Schlichtungsverhandlungen in der Herrentouffektion.

Im Reichsarbeitsministerium haben am Mittwoch-Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Herrentouffektion begonnen. Schlichter ist Reichsarbeitsrichter Dr. Königberger.

Wirtschaft.

Arbeitsmarktlage in der Provinz Niederschlesien.

In der Berichtswache vom 1. bis 7. September 1927 ging im Bezirke des niederschlesischen Landesamts die Zahl der Arbeitsuchenden von 44 200 auf 43 298, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 20 142 auf 19 664, die der Krisenunterstützten von 7078 auf 6997 zurück.

Die Hilfsmaßnahmen für die Roggen-schäbner.

In der Angelegenheit der Roggen-schäbner hat das preussische Landwirtschaftsministerium die Maßnahmen für die Erziehung von Vermittlungsstellen ausgearbeitet. Es ist also damit zu rechnen, daß diese Vermittlungsstellen noch Ende dieses Jahres in den betroffenen Provinzen eingerichtet werden.

stark gestiegen ist, sind die Kreditnehmer direkt in eine Schuldhalt geraten. Sie sollen Summen bezahlen, von denen sie nur einen Bruchteil erhalten haben.

Die Vermittlungsstellen werden ihre Arbeit, wie wir erfahren, ausmühen, ohne daß sie die Mittel des Reiches und der Länder in Anspruch nehmen. Ihre Aufgabe wird vorerst einmal darin bestehen, daß sie den Schuldner vor rigorosen Einreibungen der Gläubigerbanken schützen.

Die Lage in der deutschen Maschinenindustrie.

Der Verein Deutscher Maschinenbauindustriellen teilt mit, daß sich die Lage in der deutschen Maschinenindustrie im Monat August so gut wie gar nicht verändert hat. Der Auftragseingang aus dem Ausland blieb gleich, derjenige aus dem Inland gab geringfügig nach, was aber wohl schon im Monat September ausgeglichen werden dürfte.

Nach den amtlichen Ausfuhrzahlen liegt die deutsche Maschinenausfuhr, die im Februar 1925 rund 57 Millionen betrug, bis auf 83 Millionen im März 1926. Dana aber erlitt die deutsche Maschinenausfuhr, ähnlich wie die englische, einen immerwährenden Rückgang.

Ueber die beispiellose Baumwollpreis-Steigerung

Table with 2 columns: New York, Bremen. Rows for July 1914, Anfang Januar 1927, Anfang August 1927, Ende August 1927, Ende der zweiten September-Woche.

Der Fachhandel ist durchweg der Auffassung, daß die starke Preissteigerung unberechtigt ist und auf Spekulation beruht.

Die russische Naphta-Industrie

die seit Monaten wieder Gegenstand der großen außenpolitischen Kämpfe geworden ist, war noch um die Jahrhundertwende die bedeutendste Ölindustrie der Welt. Erst durch Verschlebung der Oelfelder in Nordamerika und Mexiko büßte sie ihre Monopolstellung ein.

Die Einwanderung nach Kanada.

Im Rechnungsjahre 1926/27 sind 143 991 Personen nach Kanada eingewandert. Davon entfielen 21 025 aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und 122 966 aus den übrigen Staaten.

Die polnische Kaspiproduktion

betief sich im zweiten Quartal 1927 auf 62 676 Tonnen (gegenüber 41 954 Tonnen im zweiten Quartal des Vorjahres). Für Kaspiit betrug die Produktionszunahme gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres 12 699 Tonnen und für Sölbin 8084 Tonnen.

Schiffstonnage wichtiger Länder

Table with 2 columns: Country, 1914 u. 1927. Rows for Großbritannien, Ver. St. u. Mex. u. Kanada, Japan, Italien, Frankreich, Deutschland, Norwegen, Brit. Dominien, Niederlande, Schweden, Spanien, Dänemark, Griechenland.

Aus aller Welt.

Die Springflutkatastrophe in Japan.

Tausende von Toten.

Die gewaltige Springflut, von der der Süden Japans und vor allem die Westküste der Insel Kjusiu heimgejagt wurde, stellt sich als das größte Unglück seiner Art seit 40 Jahren dar. Einhalb Stunden, von 10 bis 11,30 Uhr vormittags, tobte ein gewaltiger Sturm längs der Westküste und peitschte eine 10 bis 25 Fuß hohe Flutwelle in das Land. Die Verheerungen sind ungeheuer, die Zahl der Opfer geht in die Tausende. Allein auf der Insel Kjusiu wird die Zahl der Toten mit über 1000 angegeben. Auch auf der kleinen Insel Kamisima werden über 1000 Vermisste gemeldet. In dem Dorfe Otschiu fanden 127 Personen den Tod. Mehr als 5000 Häuser sind durch die Springflut zerstört worden, davon in den Städten Kojima und Nakamura je etwa 2000, in Nakajima etwa 500. Teilweise wurden ganze Straßenzüge fortgeschwemmt. In der Stadt Omura wurden 5000 Häuser unter Wasser gesetzt, so daß rund 15 000 Einwohner obdachlos geworden sind. Weite Gebiete stachen Landes vollkommen unter Wasser. Im Innern des Landes sind teilweise die Flüsse über ihre Ufer getreten. Die große Hafenstadt Nagasaki hat verhältnismäßig wenig durch die Springflut gelitten, jedoch hat der Sturm hier großen Schaden angerichtet. Mehrere Dampfer, die in der Nähe der japanischen Küste waren, sind überfällig. Verschiedene Schiffe, die vor Anker lagen, sind untergegangen. Hunderte von Fischerbooten wurden mitsamt ihrer Besatzung abgetrieben und sind im Sturm untergegangen. Selbst große Boote wurden von der Flut weit landeinwärts getragen und zerstückelt. Der Sturm hat seinen Weg fortgesetzt und die Gebiete von Yokohama und Tokio erreicht. Er ist mit wolkenbruchartigem Regen verbunden, der großen Schaden an der Ernte anrichtet. In Tokio stehen auch mehrere Stadtviertel unter Wasser. Während der Katastrophe wurde in Tokio und anderen Städten Japans ein schweres Erdbeben festgestellt. Man nimmt daher an, daß Orkan und Springflut durch ein Untersee-Erdbeben oder den Ausbruch eines unterseeischen Vulkans verursacht worden sind.

Die beiden amerikanischen Weißflieger Brod und Schlee befinden sich zurzeit des Unglücks in der schwer betroffenen Stadt Omura. Ihr Flugzeug hat jedoch nicht gelitten. Sie konnten vielmehr am Mittwoch morgen um 6,35 Uhr ihren Flug fortsetzen und sind unweit Tokio glücklich gelandet. Ob sie jedoch ihren Flug unter den obwaltenden Witterungsverhältnissen fortführen können, ist sehr zweifelhaft geworden.

Die Zahl der Toten, die die Springflut in Japan gefordert hat und die bisher aus den Trümmern geborgen wurden, beläuft sich nach den neuesten Schätzungen auf 3000. Außerdem werden 1000 Personen noch vermisst. Man befürchtet, daß auch sie sämtlich ungelungen sind. Am schwersten sind die Orte Nakamura und Nakajima betroffen. Hier sollen allein 1500 Menschen ihr Leben eingebüßt haben.

Sturmflut auch in Mexiko.

Nach Meldungen, die erst am Mittwoch in New York eingetroffen sind, ist Ende der letzten Woche auch die gesamte Westküste Mexikos von schweren Stürmen und gewaltigen Springfluten heimgejagt worden. Alle Drahtverbindungen mit dem betroffenen Gebiet waren tagelang unterbrochen. Die Zahl der Toten soll in die Hunderte, die der Verletzten in die Tausende gehen. Ganze Ortschaften an der Küste wurden zerstört, so daß Zehntausende obdachlos sind. Die Springflut wüthete in einer Ausdehnung von über 1000 Meilen und ergoß sich teilweise ins Land. Viele Hafen- und Küstenstädte zwischen Oaxaca und Sonora sind überschwemmt worden. In der Stadt Salina Cruz erreichte die Springflut eine Höhe von 25 Metern. Auch die Häfen Guaymas und Manzanillo wurden durch die Flut fast völlig zerstört. Viele Dampfer wurden vermisst und gelten als verloren. Der Sturm wüthete volle 60 Stunden.

Kasperle als Gesundheitslehrer.

Vor 200 Schülerinnen aller Altersklassen ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, in einer Berliner Gemeindeschule kürzlich der Versuch gemacht worden, durch Vorführung eines Kasperle-Theaterstückes bei den Kindern Interesse für hygienische Fragen wachzurufen. Das zur Auf-führung gebrachte Theaterstück behandelte in dramatisch-humoristischer Form Fragen der Gesundheitspflege: Kasperle unterweist als Gehilfe und Vertreter eines Arztes in dessen ärztlicher Sprechstunde die Kranken und befehrt sie über die Möglichkeit der Krankheitsverhütung. Durch eingestreute Fragen Kasperles an die kleinen Zuschauer wurden diese gleichsam zum Mitgehen und Mitspielen gezwungen. Das Verständnis des Gehörten wurde in den Pausen durch Fragen von Seiten der Lehrer geprüft und dabei ein ausgezeichnetes Resultat erzielt. Der Erfolg des ganzen war durchschlagend, und es ist zu hoffen, daß dieser neue Weg der Vermittlung hygienischen Wissens durch weiteren Ausbau und weiteste Verbreitung bald reiche Früchte tragen wird.

Ein Berliner Hotelpage verschwunden.

Der fünfzehn Jahre alte Hotelpage Kurt Bahlich aus Berlin-Reinickendorf (West), der in einem Hotel in der Dorotheenstraße beschäftigt war, von dem er aber am 6. September entlassen worden war, ist verschwunden. Am nächsten Tage nach der Entlassung hatte er nach an zwei Stellen vergeblich um Beschäftigung nachgefragt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Nach Feststellungen der Polizei wurde der Knabe, während er im Hotel beschäftigt war, wiederholt von einem unbekanntem Manne abgeholt. Es wird befürchtet, daß dieser Unbekannte den Knaben entführt hat.

Selbstmord in der Droßel.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch nahm ein eleganter Herrmann in der Droßel eine Automobilfahrt und ließ sich zunächst große Strecken durch die Stadt fahren. Schließlich gab er als Ziel ein Hotel am Potsdamer Platz an. Als der Chauffeur dort ankam, fiel plötzlich im Innern des Wagens ein Schuß, und der Fahrgast lag mit durchschossener Schläfe tot im Wagen. Der Fahrpreis war auf 25 Mark angesetzt. Im Besitz des Toten, der einer Zeit mit dem Namen Kurt Schmidt der 1. hatte, wurden noch vier Branntwein-Litern, eine Lederboje und ein Chamaise gefunden.

Wählbar aber nicht Wählerin.



Frau Laura Chamberlin, Vorsitzende der Frauen-Fraktion der Limehouse- (Londoner Stadtteil) Arbeiter-Partei. Obwohl nach englischen Begriffen noch zu jung, um selbst wählen zu dürfen, ist sie eine tatkräftige Politikerin.

Ein Dieb in der Kaserne.

Vor einem Berliner Gericht hatte sich der frühere Reichswehrsoldat Bollmar wegen schwerer Diebstahls zu verantworten. Obgleich er schon im jugendlichen Alter wegen Eigentumsvergehens bestraft wurde, war es ihm gelungen, bei der Reichswehr in Ulm anzukommen. Er wurde aber bald wegen Gehorsamsverweigerung entlassen. Daraufhin wandte er sich nach Berlin, wo er mit seinem nicht abgelieferten Truppenausweis Einlass in eine Kaserne fand. Hier brach er sieben Spinde auf und entwendete Geld und Zigaretten. Auch in anderen Kasernen Berlins ließ er sich Diebstähle zuschulden kommen. Der Angeklagte entschuldigte sich mit seiner Notlage. Unter Zubilligung mildernder Umstände, aber gleichzeitiger Betonung der ehrlösen Gesinnung, lautete das Urteil auf ein Jahr Gefängnis.

Großfeuer in Baun.

Ein Großfeuer vernichtete in der Nacht zu Mittwoch die vor dem Stadigt Prenschwitz bei Baun stehende Feldscheune, in der etwa 2000 Zentner Getreide lagerten. Ebenso wurde ein danebenstehender großer Holzschuppen mit verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen ein Raub der Flammen. Ein Getreidebinder, eine Lokomobile und verschiedene Wagen wurden stark beschädigt. Die Besitzerin ist versichert, erleidet aber trotzdem erheblichen Schaden. Die Entstehungsurache ist noch ungeklärt. Man hatte im Laufe des Dienstag mit dem Ausbruch begonnen.

Ein Brandstifter verhaftet.

Ein gemeingefährlicher Brandstifter konnte jetzt in der Person des Stellmachermeisters Klimke in Baun dingfest gemacht werden. Klimke war schon dreimal in Untersuchungshaft. Jetzt gelang es, ihn in flagranti zu ertappen. In der Nacht zu Dienstag hatte er versucht, in Kasel ein altes Gebäude anzuzünden. Der Nachtwächter bemerkte den Täter und verständigte die Polizei. Er wurde verhaftet und in das Baunener Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Wahrscheinlich hat er den größten Teil der Brandstiftungen auf dem Kirchhof, die in der letzten Zeit sich in aufsehenerregender Weise häuften.

Explosion im Hamburger Hafen.

Im Hamburger Hafen stürzte beim Verladen von Kisten, die nach der Deklaration Zündhütchen enthielten, auf dem Dampfer „Gradana“ Mittwoch mittags eine Kiste ab, wobei eine Explosion erfolgte. Ein Arbeiter wurde schwer, acht weitere Personen leicht verletzt. Sie wurden ins Hafentrankenhaus überführt.

Die Jenaer Polizeitragedie.

Der Polizeioberwachmeister Demmler von der städtischen Polizei in Jena, der in der Nacht zum Dienstag von dem an-

getrunkenen Unterwachmeister Helmke der 1. durch die Landespolsizei durch Revolvergeschüsse schwer verletzt worden ist, Mittwoch morgen gestorben.

Zwei Personen an Pilzvergiftung gestorben.

Bei der Ehefrau Berta Meuz und ihrer erwachsenen Tochter aus Bendleben bei Sandershausen machte sich nach dem Genuß von Pilzen Vergiftungserscheinungen bemerkbar. Sie wurden sofort nach dem Sandershäuser Landtrankenhaus gebracht, wo beide gestorben sind.

Großfeuer im Zentralgefängnis Quettinghausen.

Im Zentralgefängnis Quettinghausen brach in der Nacht zum Mittwoch in einem Flügel, in dem eine Schreinerei untergebracht ist, aus noch unbekannter Ursache ein Brand aus. Die Feuerwehr konnte nur mit Mühe ein Ueberwehen des Feuers auf die mit Gefangenen besetzten Gebäude verhindern. Fünf bis sechs Waggons Holz und sämtliche Maschinen wurden vernichtet. Personen kamen nicht zu Schaden.

Auf seltsame Weise tödlich verunglückt.

Bei Gellendorf in Bayern sprang dem Schlossermeister Franz Stangl ein vom Achselgelenk seiner Motorradlampe gelobenes Netz in die Maschine. Das Rad kam ins Schlingeln und stürzte. Der Fahrer blieb mit einem schweren Schädelbruch liegen und starb kurz darauf.

Mord und Selbstmord.

Als ein in Frankfurt a. M. wohnhafter Bauüberunterer nachmittags nach Hause kam, fand er seine 32jährige Ehefrau neben dem vierjährigen Kind mit durchschnittenen Kehle auf. Es war angenommen, daß die Frau in geistiger Umnachtung dem Kind den Hals durchschnitten und dann Hand an sich selbst legte.

Der Mörder von Juit festgestellt.

Die Ermittlungen der Hamburger Kriminalpolizei zu dem bei Juit verübten Frauenmord haben inzwischen ergeben, daß sich bei dem Mörder in der Tat um den Ingenieur Kurt Wenzel handelt, der am 27. Juli von Berlin in Begleitung der ermordeten Stütze auf dem Wasserwege nach der Nordsee gefahren ist. Der Mörder hält sich zurzeit wahrscheinlich in Belgien auf, von wo er verhaften dürfte, mit Hilfe eines in seinem Versteck befindlichen Agiter-Walles nach Frankreich zu gelangen.

Selbstmord einer Schülerin.

In Leipzig hat eine dreizehnjährige Schülerin in der Küche der elterlichen Wohnung Selbstmord durch Gasvergiftung begangen. Ein Grund zur Tat konnte zunächst nicht ermittelt werden.

Eisenbahnunglück in Italien.

„Popolo di Roma“ berichtet: Mittwoch nacht, gegen 11 Uhr, entgleiste der Schnellzug Rom-Mailand bei der Station von Bologna bei der Durchfahrt durch eine kleine Station. Die elektrische Maschine, der Gepäckwagen und zwei Personenwagen sind umgestürzt. Eine Reihe von Personen wurde verletzt, getötet wurde niemand. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Aus Bologna wurde sofort ein Hilfszug abgejant.

Eintrag eines Kornspeichers.

In einem Dorfe der Landschaft Monferrat (Norditalien) stürzte ein Kornspeicher infolge von Ueberlastung ein und begrub eine vierköpfige Familie unter sich. Alle vier Personen wurden getötet.

Schweres Straßenbahnunglück in New York.

In dem New Yorker Vorort Weehawken überfuhr ein Güterzug an einem Straßenbahnübergang, dessen Schranke geöffnet war, einen Straßenbahnwagen. Zwei Fahrgäste waren sofort tot, 32 schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Neue Erdstöße im Schwarzen Meergebiet.

In der Nacht zum Dienstag wurden in Trapezunt und Sinope um 11,12 Uhr und nach Mitternacht mehrere Erdstöße verspürt. Auch in Konstantinopel selbst trat ein Erdstoß von 20 Sekunden Dauer auf. Es sind weder Sachschäden noch Todesopfer zu verzeichnen.

Cholera in China.

In größeren Gebietsteilen Chinas, vor allem im Yangtse-Tal, wüthet keine einzigen Wochen eine schwere Cholera-Epidemie. In der Stadt Nanling sind bis jetzt über 7000 Menschen von der Krankheit dahingerafft worden. Auch in den Eingeborenenvierteln von Shanghai hat die Krankheit schon zahlreiche Opfer gefordert. Die Zahl der Ausländer, die der Cholera erliegen, beträgt allerdings erst sieben. Dennoch herrscht große Beunruhigung, da die ärztlichen Maßnahmen völlig unzureichend sind.

Ein Denkmal für Gacco und Danzetti.



In New York fand eine Gedenkfeier für Gacco und Danzetti statt, an der allerdings nur 5000 Personen teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Denkmal enthüllt, das die Initialen Gacco und Danzetti, die Märtyrer der amerikanischen Biotraitie, erworben am 23. August 1927 durch die kapitalistische Justiz.

Aus Schlessen.

Herr von Hohenzollern stiftet Preise

— aber nicht für Juden.

Zu einem Sportfest des Schüler-Sportklubs Oels mit leicht-athletischen Wettkämpfen, das am 21. August stattfand, hatte Herr von Hohenzollern ein Bild mit eigenhändiger Unterschrift als Ehrenpreis gestiftet. Selbsterkundlich wurde nach dieser Sportverein, der seinerseits nicht wie die Arbeitervereine von Reichswehrbehörden als politische Organisation angesehen wird, ganz außerordentlich geehrt. Der Sachwert eines solchen Bildes ist ja meist nicht hoch und der künstlerische zweifelhaft, aber der Gedanke, dass ein solches Bild den künftigen Zweifeln über die Wertigkeit des Bildes entgegensteht, ist ein anderer Preis fürchten und so die Möglichkeit schaffen, den Herrn Extronprinzen mit Widmung an — nun, an den Wertportverein „Stephan“ der Deutschen Reichspost zu vergeben.

Im Wertportverein „Stephan“ der deutschen Reichspost sind u. a. keine Juden. Man wird dort also, dem Wunsch des hohen Herrn gemäß, die Ehrengabe zu würdigen verstehen. Wie wir zuverlässig erfahren, soll das Bild des Herrn von Hohenzollern bei republikanischen Verfassungsfeiern der Reichspostportler Verwendung finden, damit sich ihre betriebsstarken Seelen nicht allzu sehr mit dem demokratischen Staatsgedanken vertraut machen.

Ein Meldezettel des Geenigs.

Ein Weisheit des Stager Landrats.

Wie wir bereits mitteilten, hatte der Bürgermeister Dr. Goebel in Bad Reinerz anlässlich der Anwesenheit des verstorbenen Geenigs aller Sachsen am 22. Juli 1922 amts für die Polizeiverwaltung in Reinerz beschleunigt, daß die Eintragung des Meldezettels durch Sr. Majestät König Friedrich August von Sachsen, kurzlich Schloßort, der vom 12. bis 19. Juli 1922 in dem Hotel „Zum Schwarzen Bären“ — Besitzer Georg Liche — wohnende, eigenhändig erfolgt ist.

Der Landrat in Glauch hat auf eine Beschwerde der Republikanischen Polizeibehörde hin nunmehr folgenden Bescheid erteilt: „Beitrag zur Eintragung einer Bescheinigung von dem Gutsbesitzer Georg Liche in Reinerz. Wie mir die Polizeiverwaltung Reinerz berichtet hat, weigert sich die Besitzerin des Hauses „Schwarzer Bär“ in Reinerz, Frau Liche — der Besitzer Georg Liche ist vor kurzem verstorben — die fragliche Bescheinigung herauszugeben. Im übrigen billige ich das Anstellen einer derartigen Bescheinigung durch die Polizeiverwaltung nicht und habe das Entsprechende beauftragt.“ gez. Dr. Deuder.

Mord auf offener Straße.

Einem heimtückischen Anschlag fiel am Dienstag, vormittags 11 Uhr, der Weimarer Herr Dr. Jarrusch, seit 1924 wohnhaft in Glauch, zum Opfer. Jarrusch ging die Minoritenstraße entlang und wurde plötzlich von dem ihm entgegenkommenden Müllergesellen Wilhelm Grehl durch drei Revolverkugeln niedergestreckt. Die Schüsse gingen dem Unselbigen in der Nahegegend in den Kopf und trafen am Hinterkopf wieder heraus. Der sofort anwesende Arzt Dr. Jutter konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Der Täter Wilhelm Grehl, wohnhaft in Glauch, Frankensteinstraße, ist 1906 in Schönfeld bei Mittelwalde geboren, wanderte 1925 nach Amerika aus und kehrte in diesem Jahre nach Deutschland zurück. Nach längerem Aufenthalt in Hamburg, kam er am 15. Juni dieses Jahres zu seinen Angehörigen nach Glauch zurück. Er ließ sich ruhig verhalten und gibt an, Mitglied eines Geheimbundes zu sein, der ihn beauftragt habe, diesen Mord auszuführen. Er verweigerte nähere Angaben über den angeführten Bund und gibt vor, daß er nach der Tat nach Amerika zurück wollte. Grehl ist auf dem rechten Unterarm tätowiert mit einem Totenkopf mit Kreuz, unter dem sich die vier großen Buchstaben befinden: F. I. R. Was an diesen Behauptungen begründet ist bezw. ob es sich um einen Verurteilten handelt, müssen die Ermittlungen ergeben. — Bemerkenswert ist, daß der Ermordete mit politischen Dingen offenbar nichts zu tun hatte. Aufgeklärte Vermutungen, es handle sich um einen Mord, entbehren, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, jeglicher Begründung.

Waldenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Wälsinggrube wurde der Lehrhauer Grisch aus Steinau von Geisteskranken verschüttet und konnte nach angestrengter Arbeit seiner Kameraden nur als Leiche geborgen werden.

Waldenburg. Die Judenpresse gekündigt. In einem hiesigen Café haben, wie bereits mitgeteilt wurde, zwei Kerle aus dem Kreisstranzenhause jüdische Mitbürger in der unehrlichsten Weise beleidigt und der eine von ihnen ließ noch die Drohung aus: „Wenn ein Jude aus dem Kreisstranzenhause kommt, so lasse er ihn glatt verrecken!“ Den beiden Kerlen ist jetzt vom Landrat des Kreises Waldenburg zum 15. Oktober gekündigt worden. Die Waldenburger Bevölkerung jedoch erwartet von dem Kreisstranzenhausverband für Stadt und Kreis Waldenburg, daß dieser in seiner nächsten Sitzung die frivole Entlassung der Kerle Dr. J. J. J. und Dr. Schneider auszusprechen. Außerdem erwartet man, daß ihnen die Herzogkammer die Privilegien abspricht.

Waldenburg. Kreis Habelschwerdt. Freitag. Hier erdachte sich der erst seit kurzem verheiratete Holzschläger Scholz. Die Ursache zu diesem Schritte ist nicht bekannt, zumal Sch. in geordneter Verfassung lebte und als inoffizieller Arbeiter in der Holzschleife tätig war.

eine Kuh geschädigt. Das Vieh hat der Schwindler, der als der in Greiffenberg geborene und verhaftete Hugo Tramsche festgesetzt wurde, verkauft. Den Betrogenen erklärte der Mann, daß die Kuh einmal auf einige Tage in einen anderen Stall müßte, weil sonst die Kammermägde sterben müßten. — Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: Die Dummheit der Betrogenen oder die Frechheit, mit der dieser gewandte Herr seinen Opfern das Fell über die Ohren zog.

Langenau, Kreis Görlitz. Die schwarzwaldische Schulhausverfassung. Zum Trotz aller behördlichen Anordnungen war am 11. August, dem Verfassungstage, auf einem Schulhaus eine schwarzwaldische Flagge aufgezogen. Hierzu teilte der Landrat des Kreises Görlitz mit, daß es polyanen sei, die Verlor zu ermitteln, welche diese Verfassungsdarstellung hat. Es komme keiner der Lehrer in Betracht, sondern eine der Schullehrer fernstehende Person. Die Ermittlungsarbeiten sind der Staatsanwaltschaft übermitteln worden.

Mischelwitz, Kreis Görlitz. Ein besorgter Vater. Vor dem Landrat in Kuttowitz stand der hiesige Arbeiter Josef K. wegen Kindesmord. K. hatte ein Verbrechen, das nicht ohne Folgen blieb. Als sich vor der Amtsentwählung zu befreien, flüchte er seinem kleinen Kind in einer flüchtigen Salzsäure ein. Als die Mutter des Kindes die entsetzliche Tat entdeckte und der Arzt holte, war es schon zu spät. Das bedauernde Verbrechen starb an den größten inneren Verletzungen. Der entmenschte Mörder wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, der Staatsanwalt hatte zehn Jahre beantragt.

Der Vorstand der kommunalen Bezirksarbeitsgemeinschaft laßt, im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand der Partei, für Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, alle kommunalpolitisch tätigen Genossinnen und Genossen des Bezirks Breslau (Mittelschlesien) zu einer

Bezirks-Kommunal-Konferenz

nach Breslau, Margaretenstraße 17, Gewerkschaftsbaus, kleiner Saal, ein.

Tagesordnung:

1. Die neue Städte- und Landgemeindeförderung. Stand der Verhandlungen. Referent: Landtagsabgeordneter Dr. Hamburger.
2. Bericht von der zweiten Bezirks-Kommunal-Konferenz in Magdeburg. Referent: Genosse Koeßler-Dillersdorf.
3. Die kommunale Schulungsarbeit im Winter 1927/28. Referent: Genosse Mach.

Zu dieser Konferenz sind eingeladen: Die parteigenösslichen Reichstags-, Landtags- und Provinzial-Landtagsabgeordneten sowie die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Landräte, Magistrats-Mitglieder, Stadtverordneten, Kreis- und Kreisrat-Mitglieder und Kreisratsabgeordnete, Gemeindevorsteher, Schiffs- und Gemeindevorsteher sowie Gemeindevorsteher aller Städte, Landgemeinden und Kreise des Bezirks Breslau (Mittelschlesien).

Bedingung ist, daß mindestens jeder größere Ort durch einen oder einige Delegierte vertreten ist. In den weiter abliegenden Kreisen müssen sich die Genossen im Kreis über den Besuch der Konferenz verständigen. Es darf kein Kreis unvertreten sein.

Eintritt zu dieser Konferenz nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches.

Parteigenossen, die zurzeit nicht kommunalpolitisch tätig sind, aber Interesse an den kommunalen Dingen haben, können als Gäste an den Verhandlungen teilnehmen, müssen sich aber beim Eintritt ebenfalls durch Parteimitgliedsbuch ausweisen.

Die vorherige Anmeldung der Teilnehmer an dieser Konferenz ist dringend erwünscht und bitten wir, uns eine Mitteilung bis spätestens 24. September nach dem Bezirkssekretariat der SPD., Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 37, zu lassen. Diejenigen Genossen, die bereits Sonnabend eintreffen und Quartier benötigen, müssen das besonders mitteilen.

Der Bezirksvorstand der Partei.

Koch.

Bezirksvorstand der kommunalen Arbeitsgemeinschaft. Koeßler.

Auslaß (Polnisch-Schlesien) Schulstreik. Wie WSB meldet, wurde die deutsche Minderheitsschule in Koshentin vor kurzem von der Wojewodschaft geschlossen, da angeblich die nach dem Gesetz Abkommen vorgeschriebene Zahl von 40 Kindern nicht erreicht sei. Tatsächlich kommen aber zu den für dieses Schuljahr angemeldeten 32 Kindern 16 aus dem Vorjahre, die rechtmäßig angemeldet, aber unbeschäftigt zurückgewiesen worden waren, so daß die vorgeschriebene Zahl sogar überschritten ist. Als die Erziehungsberechtigten am Tage des Schulbeginns ihre Kinder der deutschen Schule zuführen wollten, wurden sie erneut zurückgewiesen. Sie beschloßen deshalb in den Schulstreik zu treten. Daraufhin hat die Polizeibehörde den Eltern Strafbefehle wegen Schulverweigerung in Höhe von drei Zloty pro Tag erteilt.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Veranstaltungskalender.

Erweiterter Parteivorstand.

Alle Kreis- und Kreisratsmitglieder sowie Ortsgruppenleiter nehmen am Freitag, den 16. September, bestimmt an der Vorstandssitzung teil.

Kleinenhof. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Donnerstag, den 13. September, abends 8 Uhr: Funktionärsbildung in der Schule. Genosse Kautz, Breslau, ist anwesend.

Klein-Gandau-Schiedsamt. Zur Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Klein-Gandau werden sämtliche Arbeiterportvereine hiermit ebenfalls eingeladen. Genosse K. K. K. ist nicht über das neue Verordnungsverfahren Bescheid. Beginn der Versammlung 8 Uhr im Lokal Engwich.

Klein-Malkow. Silberhochzeit. Der Gastwirt Karl Glaz feiert mit seiner Ehefrau das 25jährige Ehejubiläum. Dem langjährigen Volkswachtler und Parteigenossen wünschen wir noch viele frohe Jahre.

Hartlich. Zum Kampf gegen den Reichsschul-Verbandsrat. Der Vorstand für Kreisleiter und Gemeindevorsteher Ortsgruppe Hartlich, eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Referat hielt Genosse Rektor Kaufmann. In ausführlichen Darlegungen ging er auf die Vorgeschichte des Reichsschul-Verbandsrates ein und beleuchtete seine reaktionären, freirechtlichen Bestimmungen, die jedem eine Beschränkung der kommunalen Verwaltung bedeuten. Unter lebhaftem Beifall forderte er alle freischulischen Genossen der Kreise, sich dem Reichsschulverband zu widersetzen und die Beschränkungen der kommunalen Verwaltung zu beseitigen. Der Reichsschulverband ist ein reaktionäres Institut, das die kommunale Verwaltung der Kreise zu einem bloßen Werkzeug macht. Der Reichsschulverband ist ein reaktionäres Institut, das die kommunale Verwaltung der Kreise zu einem bloßen Werkzeug macht. Der Reichsschulverband ist ein reaktionäres Institut, das die kommunale Verwaltung der Kreise zu einem bloßen Werkzeug macht.

lassungswidrigen Reubellischen Reichsschulgesetzentwurf. Sie fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten zum schärfsten Kampf dagegen auf. Die Elternschaft kann diesen volkstümlichen weltliche Schule anmelden, in der für eine Einmischung der Kirche kein Platz ist.

Neumarkt. Viel Geschrei und wenig Woll. Man fand und hierzu viele auswärtige Gewerkschaftler Einzug hielten, gab es Späher, die es mit dem Anzug zu tun hatten. Man nahm gegenüber der Arbeiterpartei den Mund nicht voll nehmen können. Noch mehr in Aufregung gebracht wurden die Leute natürlich durch die Kunde, daß die Reichs- und Reichskämpfer Neumarkt als Ort eines Stützpunktes ausgewählt haben. Doch wir haben erfreulicherweise recht fürsorgliche Behörden. Wenn es sich um Maßnahmen gegen die Arbeiterpartei handelt, da scheint sich stets ein wohlwollendes Ohr zu finden. Wegen circa 600 bis 700 zu einer Fahnenweihe erschienenen Reichs- und Reichskämpfern hatte man Vorkehrungen in einem Ausmaße getroffen, die reichlich überflüssig waren. Die Landräte des Kreises (vielleicht auch darüber hinaus) waren sämtlich zusammengezogen. Im eingemeindeten Waisendorf hatte man nicht weniger als 100 bis 120 Mann Schutzpolizei stationiert. Es dürfte also auf drei Kommuniten immer ein Beamter gekommen sein. Nebenbei wurden die Breslauer R.F.V. Leute noch von der Breslauer Polizei losgelassen bis an die Stadttore geleitet, damit das Umzugsverbot des Polizeipräsidenten nicht übertreten werden konnte. Trotzdem bei manchem Kriegerversammlung schon recht reichlich Alkohol genossen wurde und man hiergegen nicht eingeschritten ist, hielt man es bei den R.F.V. Leuten für notwendig, ein Schnapsverbot zu erlassen. An sich ist das zwar kein Schaden, aber in diesem Zusammenhang offenbar eine Unterstellung, als belauschte sich die Arbeiterpartei bei Festen grundlos mit Schnaps. Trotz all dieser fürsorglichen Vorkehrungen — in Laufen der Steuerzahler — verlief das Frontkämpferfest eben so ruhig wie die am gleichen Tage stattgefundenen Firmung und das Kreisjugendtreffen.

Neumarkt. Arbeiter-Redaktions-Rund. Solche Ortsgruppe Neumarkt. Sonnabend, den 17. September. Man befand sich in der Oberstraße. Sonntag, den 18. September wird die Arbeiterpartei von Neumarkt im Rahmen ausgeführt. Straße: Neumarkt, Hausdorf, Krinisch, Nachbüh, Neulendorf, Fieserlich, Diebhorst, Neumarkt. Start und Ziel: Neumarkt, Breslauer Tor. Das Rennen beginnt um 2 Uhr nachmittags. Die Ortsgruppen des Kreises Neumarkt sind hierzu ganz besonders eingeladen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Der Landwirtssohn Ernst Heghe aus Jordansmühl verunglückte beim Einkassieren des Motors durch elektrischen Strom tödlich. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Beim Heuboden auf dem Heuboden fiel der Pferdewärter Paul Hanzel aus Haldersdorf auf einen unter dem Boden stehenden Erntewagen und jagte sich eine Sprosse des Reiters wagens in den Unterleib.

Der Landarbeiter Blech aus Rausdorf kam beim Eggen unter die Egge und konnte nur mit Mühe aus dieser befreit werden. Der Verunglückte trug nicht unerhebliche Körperverletzungen davon.

Ein eigenartiger Verkehrsunfall ereignete sich in Jordansmühl. Hier fuhr ein Dampfzugführer auf einen an der Straßenseite stehenden kleinen Opelwagen auf, der natürlich in jeder Hinsicht nachgab. Der Führer soll die Herrschaft über sein Gefährt verloren haben.

Breslauer Produktenbörse vom 14. September

Ämtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse am 14. September 1927 gezeichneten Preise in Reichsmark bei vorläufiger Realisation für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis. Inoffiziell Breslau in vollen Wagenladungen. Getreide: Brottreibe bei geringer Kaufkraft sehr ruhig. Delikatessen: Ruhig. — Mehl: Ruhig.

Tägliche ämtliche Notierungen (100 kg.)

	14	13	Delikatessen	14	13
Getreide:					
Weizen 74 kg	27,00	27,20	Winterars*	29,00	—
Roggen 71 "	26,30	26,80	Seinlamm*	37,00	—
Haf *	19,80	19,60	Sanflamm*	35,00	—
Reisarterie **	23,00	25,00	Hanflamm*	—	—
Mittlergete *	21,50	21,50	Blaumohn*	76,00	—
Wintergete *	21,50	21,50			

* Mittlere Art und Güte
** Gute Ware wird höher bezahlt

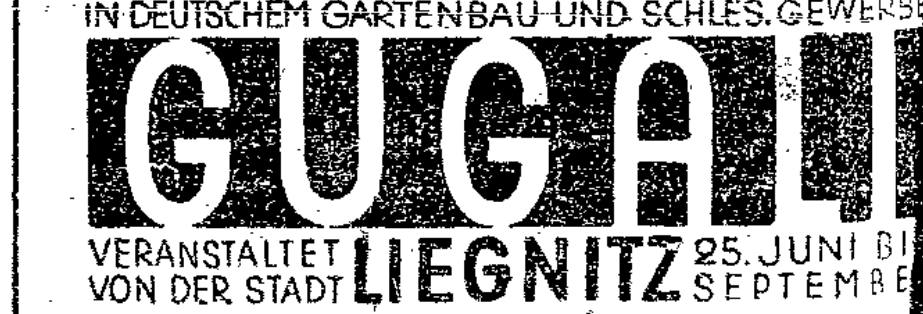
Ämtliche Notierung für Mühlenersatzstoffe (je 100 kg.)

Mühlenerzeugnisse	14	13	Kartoffeln	14	13
Weizenmehl	38,75	39,00	Auszugmehl	43,75	44,00
Roggenmehl	37,50	38,25			

Die Preise beziehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70. Bei fetteren Sorten werden höher bezahlt.

DIE AUSSTELLUNG DES JAHRES 1927

IN DEUTSCHEM GARTENBAU-UND SCHLES. GWERB.



VERANSTALTET LIEGNITZ 25. JUNI BIS 1. SEPTEMBER

Die „Volkswacht“

gehört in jedes Haus, in jede Familie, besonders jetzt, wo die Laten der neuen Reichsregierung genau zu verfolgen und die kommenden Wahlen vorzubereiten. Spätestens im nächsten Sommer läuft die Amtszeit des jetzigen Reichstages ab, wenn er nicht früher der Auflösung verfällt. Die neuen Wahlen sollen die Abrechnung des Volkes für alle früheren Lügen der Reichsparteien bringen. Deshalb sorgt für Aufklärung, wer neue für die „Volkswacht“, benutzt den nachstehenden Bestellzettel.

Bestelle hiermit die „Volkswacht“ mit den wöchentlichen Sonderbeilagen

Vor- und Zuname: _____

Ort: _____

Wohnung: _____ Straße: _____ Nummer: _____ Platz: _____

Wenn: _____

In Logis bei: _____

Von wann ab: _____